

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ost Sachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Bezugspreis: die neuaufl. geplattete Kompaktausgabe 20 Pf., für Familienabonnenten 20 Pf., Kompaktausgabe festschrift an den breitgelegten Teil einer Zeitschrift 100 M. Ausgabenanschrift: "Das Selenus", 200, Salzgitterstraße 2, Dresden, Salzgitterstadt 2, Tel. 27300, Postfach Dresden 26 313. Redaktion:

Redaktion: Dresden 2, Salzgitterstraße 2, Tel. 17208. Bezugsservice: frei bzw. monatlich 2 DM. Um verursachtes Durchsicht 2 DM (ausgenommen). Die Arbeiterschaft erhält täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Sie hat keinen Gewalt durch den Rechtszug auf Wahrung des

Rechts aber Verhinderung des Bezugsservice. Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt, mit Ausnahme Leitartikels verantwortlich gegenüber. Sitz: Reichsbankamt, Dresden, Salzgitter 2, Tel. 17208, Postfach Dresden 18000

9. Jahrgang

Dresden, Freitag den 13. Januar 1933

Nummer 11

Außerparlamentarischer Massenkampf schlägt den Mordfaschismus

Der Tatemord am SA-Mann Hentsch als Gegenstand eines parlamentarischen Betrugsmanövers der SPD im sächsischen Landtag. Die Arbeiter sollen zum Vertrauen in die faschistische Klassenjustiz bewogen werden. Die Kommunisten enthüllen den sozialfaschistischen Massenbetrug

In der gestrigen Landtagssitzung erfolgte die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Bennecke, die von der Sozialdemokratie zum Anlaß für ein grob angelegtes Manöver benutzt wurde. Doch es sich bei allem um nichts als eine elende parlamentarische Komödie handelte, zeigte unter anderem die volle Einmütigkeit die sich in dieser Frage von der SPD bis zu den Nazis zeigte. Selbst Nazi-Bennecke stimmte der Aufhebung seiner Immunität zu, im vollen Auftrage auf die faschistische Klassenjustiz und den kapitalistischen Staatsapparat, von dem die Kommunisten von Anfang an erkläre haben, daß er den Faschisten nichts zu leide tun wird.

Zudem die Bourgeoisie die Nationalsozialisten völlig unbehelligt lassen wird, wird sie die Abstimmung über die Aufhebung der Immunität über zum Anlaß nehmen, um unter Veratung eines solchen Einzelfalls, allgemeine Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kommunisten in den Parlamenten zu begründen. Der hybride Bruch der Immunität gegenüber kommunistischen Abgeordneten hat das schon wiederholt deutlich gezeigt.

Darum hat auch die Kommunistische Partei bei der Abstimmung der Immunität Bennecke nicht mitgewirkt, um so mehr, als mit solcher Immunitätsaufhebung eine elende Komödie inszeniert worden ist. Mit dem ganzen Stamm um die Aufhebung der Immunität soll das gerade im Verlauf des Tatemordes Hentsch hundert geltendes und infolge der kommunistischen Entführungen verstörte Vertrauen der breiten Massen in die faschistische Klassenjustiz wieder vermindert werden.

Die Arbeiter sollen durch das von der Sozialdemokratie inszenierte Manöver zu einem Zutun in den kapitalistischen Staatsapparat bewogen werden.

Zur selben Zeit erklärten gelassen die Vertreter dieses Staatsapparates, so der lädielle Innensenator Dr. Bennecke, durch deren Verhalten die Tatemordbanditen führen konnten, das volle Vertrauen der Regierung genügen. Der Regierungsvertreter selbst muhte zugeben,

doch die mit der Untersuchung des Tatemordes Bennecke heftig betraut gewesenen Beamten, wie z. B. der Kreisbürgermeister Vogel, mit den Tatemordbanditen und ihren Auftraggebern in faschistisch-militärischen Kreisen, wie dem SA-Regiment direkt verbunden waren.

So hat Vogel u. a. selbst erklärt, daß er den Oberstaatsanwalt von Allingen vom Arbeiterschaftsamt gut kannte. So, wie hier im kleinen Maßstab die innige Verbundenheit der Nazis mit den Vertretern des kapitalistischen Staatsapparates auseinander wurde, so offenbar ließ sich auch — gerade in diesen Tagen — im großen, wie es

die Bemühungen der Bourgeoisie zur Eingliederung der Nazis in die faschistische Diktatur-Regierung

zeigen. Das alles macht es dem leichten Arbeiter ersichtlich, daß die Tatemordbanditen von der Klassenjustiz nicht das getriggerte zu befürchten haben, noch der „Kampf gegen den Faschismus“ bestehet nicht in einer solchen parlamentarischen Komödie des Zuhören kann, wie sie die Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag aufführte, sondern daß er auf dem Boden der Antifaschistischen Union, in der roten Einheitsfront in den Betrieben, auf Stempelstellen und in den häuslichen Arbeitskreisen geführt werden muß!

Bereits weil das von der Sozialdemokratie inszenierte neue parlamentarische Manöver der Weisheitsbildung und Verhinderung des außerparlamentarischen Kampfes dienen soll, gerade dabei werden wie Kommunisten dieses Betrugsmanoever durch

um so entschlossener Normierung der außerparlamentarischen Kampffront, durch welche am 10. Februar gegen Nordfascismus und sozialfaschistischen Betrug durchzuziehen.

Wir sind die einzigen, die den Massen im täglichen Kampf beweisen, daß wir an der Spitze des Kampfes gegen den Faschismus in allen seinen Formen stehen!

Sitzungsbericht

Unter höchster Beteiligung der Tribünen wurde in der gestrigen Landtagssitzung über die Aufhebung der Immunität des

Abgeordneten Bennecke, wegen Beteiligung am Tatemord verhandelt.

Die Sozialdemokratie hat wochenlang alle sentimental Regungen aufgepeitscht. Sie hat an die Elternhäuser appelliert, um aus diesem bestialischen Anschlag an der Tochter Waller ein sozialdemokratisches Verteidigung zu machen. Die Wölfe der SPD-Arbeiter wurden auf die Vorbagstrübe droschiert und damit vom außerparlamentarischen Massenkampf abgelenkt.

Der Tatemord am SA-Mann Hentsch wurde von der SPD zum Anlaß genommen um lädielle Sentimentsoldaten zu betreiben, anstatt die Arbeiter zur Auflösung des Kollapskampfes und zur Überwindung des Nordfascismus zu mobilisieren. Da von der SPD wurde dagegenüber gearbeitet, daß der Arbeiterschaft den Stauden an die Klassenjustiz zu stärken und so zu tun, als werde die faschistische Justiz den sozialistischen Nordbanken und den intellektuellen Arbeitern etwas tun. Solch ein Zeugnis sollte den Arbeitern im Rüstung gedaten werden.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Erklärung der KPD-Fraktion

gegen das sentimentale und heuchlerische sozialfaschistische Betrugsmanoever, für den außerparlamentarischen Massenkampf — gegen den Mordfaschismus!

In der Abstimmung über die Aufhebung der Immunität des Nationalsozialisten Dr. Bennecke erklärte die KPD-Fraktion:

Nach Bekanntwerden der befürchteten Rolle Benneckes in der Nordfascistischen Klassenjustiz verhinderten höchste Justizbeamte eine Sanierungsaktion für die Nordfascisten zu entlasten. So gab der Justizminister nach unüberprüften gebliebenen Pressemeldungen die Erklärung heraus, daß seiner Überzeugung nach irgend eine Beteiligung Dr. Benneckes an diesem Mord nicht vorliege.

Die faschistische Klassenjustiz

wird, wie alle diese Vorgänge beweisen, feineswegs alles tun, um den Mord aufzuklären, sondern vielmehr alles unternehmen, um eine wirkliche Auflösung dieses Tatemordes, jenes Gründes und der Nordfascisten zu verhindern. Die Klassenjustiz wird den Nordfascisten, Nordfascisten und die Nordpartei in reinigen versuchen.

Die Sozialdemokratie

zog vielen Nordfascist aus, um mit moralischen und sentimental Redewarten die Arbeiter über die wirklichen politischen Vorgänge hinwegzuläufen. Nun

Kämpft nicht gegen das faschistische Nordbanditentum

wenn man die Arbeiter vom außerparlamentarischen Massenkampf abhält. Nun kämpft nicht gegen den Nordfascismus, wenn man wie Fleischer in Leipzig den auf Arbeiterscharen laufenden Nazis Demonstrationen erlaubt und die Demonstranten der hungernden Gewerkschaften verbietet.

Man kämpft nicht gegen den Nordfascismus, indem man den Arbeiters sozialisiert, die sozialistische Klassenjustiz werden den Tatemord „aufläuft“ und seine Mörder und Mordköche enttarnt verfolgen.

Die sozialdemokratische Führerschaft kann keinen ernsthaften Kampf gegen den Nordfascismus führen, weil sie auf der

Meißner SA-Banditen überfallen die Arbeiter in der Stadtverordnetensitzung

Gemeinsame Abwehraktionen von SPD- und KPD-Arbeitern

(Ausführlicher Bericht siehe im Innern des Blattes)

Seite der Bourgeoisie steht, die der eigentliche Mordangreifer der Taten ist.

Sozialdemokraten lieben Arbeiters sozialisiert! Die Männer des Reichstags, die Arbeiter vor dem Reichstag 1918, die Betriebsräte-Demonstranten, die Arbeiter Mitteldeutschlands, die Ruhrarbeiter nach dem Rapp-Kutsch, jährläufige Tote des Klassenkampfes in Deutschland. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, wie die Erschießung der über 30 Arbeiter des Mai 1929; das alles kommt auf das Konto der Sozialdemokratie! Der unsozialistische Betrieb an der Niederschaffung!

Die Niederschaffung der Arbeiter durch die SPD-Führer gab die Basis für die Entwicklung des Nordfascismus

Nur unter der Führung der KPD im außerparlamentarischen Massenkampf, durch den Sieg über die Bourgeoisie wird das Proletariat den Nordfascismus zerstören.

Die parlamentarische Komödie zur Abschaltung der sozialistischen Justiz gegen den Nordfascismus bedeutet nichts anderes als einen Betrug und eine Zersetzung der Arbeiter zur Ablösung vom außerparlamentarischen Kampf. Sie gibt aber der Bourgeoisie die Handhabe zur Vernichtung der leichten Rechte des Proletariats und wird sich in ihren Ausswirkungen nicht gegen die Partei des Taten, der Tatemörder, sondern gegen die revolutionären Arbeitersvertreter richten.

Aus diesen Gründen wird die KPD sich nicht an der Abstimmung über die Immunitätsaufhebung beteiligen.

Die KPD fordert die Arbeiter auf, sich nicht durch parlamentarische Manöver, sich nicht durch sentimental Heuchelei, betrügen zu lassen, sondern den außerparlamentarischen Kampf gegen den Nordfascismus zu verüben. Das ist der einzige Weg zur Verhinderung von Arbeitermord und zur Vernichtung der Arbeitermörder!

Faktion der KPD im Sächsischen Landtag

Rettung vor Hunger und Frost!

Heraus zu den heute, 19.30 Uhr, stattfindenden

Kundgebungen der Dresdner Arbeiterschaft im

Ballhaus, Barthstraße
Dreitaierschloß, Dresden-Löbtau
Gothaer Bahnhof, Dresden-Löbtau,
Hammers Hotel, Dresden-Südvorstadt, Augustus-Strasse
Regierungssitz, Friedrichstraße
Weisses Etablissement, Dresden-Volkmarsdorf, Leipziger Straße

Es sprechen: Hugo Geiß, MdR, Bundesleiter des Internationalen Bundes, Olga Körner, MdR, Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses. Außerdem Landtags- und Stadtverordnete. Unkostenbeitrag 10 und 20 Pfennig. Eintrittspreis durch Sozialpolitische Kommission und Dresdner Stadtverordnetenfraktion.

6

Gesetzgebung von der ersten Seite

Dr. Wilhelm von der Wirtschaftspartei gab den Bericht des Oberstaatsanwalts mit dem dieser die Aufhebung der Immunität begründete. Der Bericht enthält die meiste Sache durch die Presse bekannten Tatsachen. Er kennzeichnet auch nur in ganz geringem Umfang die Beteiligung Bennedes an der Mordkäfige. Nichts ist in diesem sozialdemokratischen Bericht enthalten, was darauf hindeutet, daß die Unterredung auf die Mörderchaft ausgeübt werden soll. Als einziger Anklagepunkt wird verneint, daß in Presse der gesuchten Mörder gelogen wird, ihre Angehörigen sollen bei den Überprüfung des Berichtes der Staatsanwaltschaft prüfen, daß man den Mordanklau nichts tun wird.

Genosse Gindermann begründete die Haltung der Kommunistischen Partei zur Abstimmung über die Aufhebung der Immunität, wie sie in der am unteren Stelle abgebrüten Erklärung zum Ausdruck kommt.

Karl Schröder vollführt eine freie Prozession, indem er erklärt, die Kommunisten hätten ein Interesse daran zu haben, daß die Immunität nicht aufgehoben werde. Diese freie Unserlichkeit zeigt, wie sicherlich die Nazis vor der Staatsanwaltschaft fühlen.

Die Sozialdemokraten entnahmen ein wütiges Gehabe, insbesondere als Genosse Gindermann die Erklärung der KPD-Partei vorlas. Es folgt in der üblichen Art Erklärungen: „Wanted einer wütige Prozession der KPD und behauptete die revolutionäre Partei des Proletariats bei fortwährender Unterbrechung seines Gefäßes durch die Kommunisten.“

Bei der Abstimmung enthalten sich die Kommunisten der Stimme. Die Immunität Bennedes wird mit allen im Saale anwesenden Stimmen, also auch mit denen der Nazis, aufgedeckt.

Genosse Gindermann hält Abrechnung mit dem Mordkäfigismus und dem demagogischen Manöver der Sozialfaschisten

In seiner zur Begründung unserer Anträge gehaltenen Rede führte er u. a. aus:

Der Mordkäfigismus wurde dadurch bestrengt, daß man 1919 begann mit den ehemaligen monarchialischen Offizieren die Mordorganisationen zur Riederschließung des Proletariats aufzubauen. Die Organisationen schätzten, die Blinde Osterland und andere, die schwarten Reichswehrformationen, bis 1923 und 1924 mit der Reichswehr zusammen kämpften, das alles waren Reihen des Mordkäfigismus.

Die Nazis sind die Formationen des Arbeitermordes und der blutigen Riederschließung des Proletariats im Interesse des Kapitals, von dem sie besichtigt werden. Es gehört zu den Aufgaben der Nazis, revolutionäre Arbeiter zu beteiligen. Das Wort „entfremdet“ ist der Mord an einem Mörderkomplizen, der zuviel wußte und den man deswegen bestrengte. Mit der machtvollen Wirtschaftskräfte wachten die Gegenjäger im Lager des Nationalsozialismus und steigt die Feindseligkeit.

Angesichts der Vertreibung der Wirtschaftskräfte geht die Bourgeoisie dazu über die Nationalsozialisten in immer härterem Haie zur Regierungsgewalt heranzustellen, weil immer mehr

mit den Mitteln der unmittelbaren Gewaltanwendung regiert werden muß.

So ist die Bourgeoisie jetzt dabei, die Nazis in den Regierungsposten hereinzuholen. In einer solchen Weise müssen alle diese Dinge vom Klassenspektrum aus betrachtet werden und muß die Rolle des Staatsapparates als eines Instruments zur brutalen Unterdrückung und Niederkunft der Arbeiterschaft gesehen werden.

Wer diese Rolle des Staatsapparates vor der Arbeiterschaft versteckt, liegt den Kapitalistern.

Die Erklärung des Ministers war eindeutig und klar. Sie war ein einziges Schweden für den Kriminalrat Vogel, eine Verfehlungsette für die Polizeibeamten, die die Mörder laufen ließen und eine ganz offensichtliche Drohung gegenüber den Beamten, die aus diesem Korruptionskampf etwas Laut werden lassen. Was hier vor sich geht ist nicht Aufklärung der Mordtat, sondern Verbündung!

Selbst der Sozialdemokrat Geiser mußte lügen, daß Ben-

nede nichts passieren wird.

Wenn man uns aber bestuhltigt, daß wir mit dem sozialdemokratischen Gemeinschaft machen, dann verleihe ich auf unseren machtvollen außerparlamentarischen Kampf gegen die faschistischen Mordbanden.

Wir erklären: Den faschistischen Mörtern wird im faschistischen Staat nichts gelingen. Erst ein Werkzeug der proletarischen Revolution wird die Mordbanden bilden. Das erfordert den außerparlamentarischen Massenkampf zur Stütze der Bourgeoisie und zur Niederkunft aller Parteien, die auf dem Boden des Kapitalismus stehen.

Senor die Bourgeoisie die Nazis in dem Umfang bestimmt, und die Methode der unmittelbaren Gewaltanwendung zur Ermordung braucht, will förliegen die SPD die Aufgabe der Niederschließung der Arbeiter. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden von den Garden Rosles ermordet. Die Mörder Liebknecht und Luxemburg waren die Helfer der Bourgeoisie. Und heute kommt die Sozialdemokratie und markiert metallische Entlastung.

Am 13. Januar 1919 schrieb der Vorwärts ein Gedicht, betitelt „Das Velchenhaus“. In diesem Gedicht steht es u. a.:

„Vielen Tote in einer Reihe — Proletarier? Karl, Rosa, Rolf und Rumpel — Es ist keiner dabei! Es ist keiner dabei! Proletarier!“

Das war eine offene Aufforderung zum Mord. Zwei Tage nach Eröffnung dieses Gedichts waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von den Mordbanden erschlagen. Das Gedicht erschien im Zeitungsorgan der Sozialdemokratie, Der Sozialdemokrat Geiser aber sehr fest unter, hält Versammlungen ab und ruft sich „Entf. Liebknecht“. Das ist eine schamlose Schändung des Namens Karl Liebknechts.

Nur durch die Sozialdemokratie war es dem Faschismus möglich sich zu entfalten, hätte es keine Sozialdemokratie und ihren Arbeiterverein und Vertraut gegeben, dann wäre es keinen Faschismus, (Stürmische Bravo bei den Kommunisten).

Wir fordern die Arbeiter auf, ihren außerparlamentarischen Massenkampf zu verstärken und mit allen Mitteln für den Schutz der Bourgeoisie zu kämpfen, denn nur auf diesem Wege gelingt die Bekämpfung des Mordkäfigismus! (Unhaltender Beifall bei den Kommunisten.)

Im Verlauf der Auseinandersetzung ergriff ebenfalls u. a. auch der Innenminister Richter das Wort.

Des Innenministers Entlastungs-offensive für die Polizei

Eine unbeabsichtigte Enthüllung des sozialdemokratischen Manövers

Der Minister Richter gibt zu den Anklagen und Mordabschreibungen gegen die Polizeibeamten eine längere Erklärung ab, in der der Minister die Polizeibeamten und ihre Handlungen verteidigt. Über die Erklärung bestätigt im vollen Umfang, daß die Polizei alles tut, um die Mörder fliehen zu lassen und daß auch eine Beeinflussung bestrengter Personen erfolgte, die zweit Mittellung über den Mord machen. So wird in der Deutlichkeit bestätigt, daß der vernehmende Beamte denktigen, die die ersten Mittellungen über den Mord brachten, erklärte.

„Sie müssen bedenken, wenn Sie einen so schweren Verdacht aussprechen, daß Sie noch viel in Bewegung gelegt werden muß ... Sie müssen natürlich bedenken, daß man bei einem so schweren Fall zunächst kein muß, wenn es nicht wahr ist und falls Anklahldigung vorliegt, könnte das natürlich auch für Sie unangenehme Folgen haben.“

Dies ist ganz offensichtliche Beeinflussung im Interesse des Mordkäfigismus.

Nach zeigt sich in der ganzen Art der Durchführung der Untersuchung, vor allen Dingen aber auch darin, wie man Schenf in Tharandt entkommen ließ, eine Handlung, die schon wiederholt als Begünstigung charakterisiert wurde.

So wird in diesem Bericht auch festgestellt, daß die Bearbeitung des Falles rechtlich spät der Staatsanwaltschaft übergeben wurde, so daß dadurch die Mörder weiter Zeit zur Flucht fanden.

Der Innenminister stellt sich aber vor die Beamten mit der Erklärung:

„Durch die gegebene Darstellung habe ich den in der Presse erhobenen Verdacht als widerlegt an, daß die Polizei sich nicht genügend des Falles angenommen und daß es erst — wie behauptet werden ist — des Unfanges der Presse und des Eingreifens des Landtags bedurfte, habe, um die Angelegenheit vorwärts zu treiben.“

Genosse Rennert ruft dem Minister zu, daß das eine unerlaubte Rechtfertigung der Begünstigungsaktion der Polizei für die Mörder sei, worauf der Innenminister erneut erklärt, es gehe nicht gut dazu, vor die Beamten zu stellen, als sie in der Presse anzugeben. (Zuruf der Kommunisten: „Sichtlich, zur Rechtfertigung der Taten dieser Beamten gehört Nutz!“)

Während der Innenminister die Handlungen der Beamten, die zuvor den Nazimörder waren, zuständig sieht, droht er strenge Verfolgung aller bestrengten Beamten an, die durch „Abstimmung“ der Presse oder politischen Parteien Kenntnis über die Vorfälle gegeben haben.“ Das fasszeichnet

wie der ganze Staatsapparat sich schägend vor das soziale Mordtheater stellt.

Der Sozialdemokrat Müller-Planck ruft: „Das ist eine Re-

Neue Nazi-Bluttat

Berlin, 13. Januar. (Eig. Drachbericht)

Die nationalsozialistischen Horden verübten heute nach einer Bluttat. In der Thomasstraße, Ecke Mittelweg, überstießen ein Dutzend Nazikräfte zwei junge Reichsbannerarbeiter. Während der eine leicht verletzt wurde und entkommen konnte, wurde der zweite Jungarbeiter Brennen durch Messerstiche — wodurch einer die Pungs trug — schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, daß an seinem Aufkommen gescheitert werden muß. Der junge Reichsbannerarbeiter ist erst 15 Jahre alt.

mit den Mitteln der unmittelbaren Gewaltanwendung regiert werden muß.

So ist die Bourgeoisie jetzt dabei, die Nazis in den Regierungsposten hereinzuholen. In einer solchen Weise müssen alle diese Dinge vom Klassenspektrum aus betrachtet werden und muß die Rolle des Staatsapparates als eines Instruments zur brutalen Unterdrückung und Niederkunft der Arbeiterschaft gesehen werden.

Wer diese Rolle des Staatsapparates vor der Arbeiterschaft versteckt, liegt den Kapitalistern.

Die Erklärung des Ministers war eindeutig und klar. Sie war ein einziges Schweden für den Kriminalrat Vogel, eine Verfehlungsette für die Polizeibeamten, die die Mörder laufen ließen und eine ganz offensichtliche Drohung gegenüber den Beamten, die aus diesem Korruptionskampf etwas Laut werden lassen. Was hier vor sich geht ist nicht Aufklärung der Mordtat, sondern Verbündung!

Selbst der Sozialdemokrat Geiser mußte lügen, daß Ben-

nede nichts passieren wird.

Wenn man uns aber bestuhltigt, daß wir mit dem sozialdemokratischen Gemeinschaft machen, dann verleihe ich auf unseren machtvollen außerparlamentarischen Kampf gegen die faschistischen Mordbanden.

Wir erklären: Den faschistischen Mörtern wird im faschistischen Staat nichts gelingen. Erst ein Werkzeug der proletarischen Revolution wird die Mordbanden bilden. Das erfordert den außerparlamentarischen Massenkampf zur Stütze der Bourgeoisie und zur Niederkunft aller Parteien, die auf dem Boden des Kapitalismus stehen.

Senor die Bourgeoisie die Nazis in dem Umfang bestimmt, und die Methode der unmittelbaren Gewaltanwendung zur Ermordung braucht, will förliegen die SPD die Aufgabe der Niederschließung der Arbeiter. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden die Helfer der Bourgeoisie. Und heute kommt die Sozialdemokratie und markiert metallische Entlastung.

Am 13. Januar 1919 schrieb der Vorwärts ein Gedicht, betitelt „Das Velchenhaus“. In diesem Gedicht steht es u. a.:

„Vielen Tote in einer Reihe — Proletarier? Karl, Rosa, Rolf und Rumpel — Es ist keiner dabei! Es ist keiner dabei! Proletarier!“

Das war eine offene Aufforderung zum Mord. Zwei Tage nach Eröffnung dieses Gedichts waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von den Mordbanden erschlagen. Das Gedicht erschien im Zeitungsorgan der Sozialdemokratie, Der Sozialdemokrat Geiser aber sehr fest unter, hält Versammlungen ab und ruft sich „Entf. Liebknecht“. Das ist eine schamlose Schändung des Namens Karl Liebknechts.

Nur durch die Sozialdemokratie war es dem Faschismus möglich sich zu entfalten, hätte es keine Sozialdemokratie und ihren Arbeiterverein und Vertraut gegeben, dann wäre es keinen Faschismus, (Stürmische Bravo bei den Kommunisten).

Wir fordern die Arbeiter auf, ihren außerparlamentarischen Massenkampf zu verstärken und mit allen Mitteln für den Schutz der Bourgeoisie zu kämpfen, denn nur auf diesem Wege gelingt die Bekämpfung des Mordkäfigismus! (Unhaltender Beifall bei den Kommunisten.)

Im Verlauf der Auseinandersetzung ergriff ebenfalls u. a. auch der Innenminister Richter das Wort.

Furchtbare Bluttat in Spanien

Die Polizei des bürgerlich-sozialdemokratischen Regierungs megt Arbeiters niederr

Madrid, 13. Januar. (Eig. Drachbericht)

Die Polizei der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung hat unter den Einwohnern des Dorfes Casas Viejas in der Provinz Cadiz ein furchtbare Bluttat angerichtet. Einige Einwohner des Dorfes wurden verhaftet und abgeführt. Ein Haus, in welchem sich 18 Arbeiter gegen die Gasbomben und Maschinengewehre vorgehende Polizei verteidigten, wurde Stundenlang unter Feuer genommen und bombardiert. Alle 18 Arbeiter wurden durch die Polizei getötet. Der einzige, der noch am Leben ist, war ein Polizist, der die Arbeiterschaft vor dem Arbeiterschaft.

Die Polizei erklärte, daß sie den Polizisten zum Schonungszweck hergeholt hatte. Mit dieser furchtbaren Bluttat hat die spanische Sozialdemokratie — die an der gegenwärtigen Regierung beteiligt ist — eine neue Blutschuld auf sich geladen.

müßte sie Konsequenzen ziehen. Der Polizeibericht sei meistens, aber wie könnten Kriminalisten von internationaler Bedeutung, wie Herr Vollschleg, darauf hereinkommen? Vogel sieht ja in Killings befunden und habe mit August Schenf laufen lassen. Er verschaffte der Regierung politische Unabhängigkeit. Nur in dieser Halle müßte ein Vorwurf gemacht werden. Zum Staatswahl Hartmann und Dr. Hermann erklärte Geiser: „Wenn es Staatsanwälte ihnen gleich kämen, dann könnten wir uns befreien lassen.“ (Zuruf der Kommunisten: „Wie wollen uns befreien lassen, sondern werden gegen die Klassenkämpfer!“)

Geiser „scheitert“ vor der Regierung, daß sie einen republikanischen Staatsanwalt stellt mit einem Sonderauftrag. Er wäre der Meinung, daß derzeitliche Arbeiterschaft zu finden ist. Die Untersuchung sollte aber nicht unter der Aufsicht des Oberstaatsanwaltes, sondern unter der Regierung stehen. Bemerkte er aus dem Riechberg: „Es ist eine Schändung, daß die Sozialdemokratie nichts passiert!“. Aber die Sozialdemokratie hofft, daß das anders wird.

Der Deutschen Sozialen Freiheit lebt den kommunistischen Widerstand ab. Die Behörden hätten „In Ordnung“ gearbeitet. Der Untergang kann ruhig im Dienst bleiben. Er sei überzeugt, es wäre Ungeheuerlichkeit der Polizei.

Der Sozialdemokrat Neu macht den bezeichnenden Zuhörer zu: „Es war eine polizeiliche Dummköpfe“. Dieser Zuhörer kennzeichnet die Sozialdemokratie. Freiheit spricht weiter. Geiser ist der Überzeugung, daß bei der Untersuchung gegen Bennede nichts herauskommen wird.

Weigel (SPD) erklärt dieselben Faktientöne wie Geiser und erläutert, die Gendarmerie in Tharandt habe erst einige Tage nach dem Verständnis von Hentsch erarbeitet, daß fremde Polizei in Suche nach dem verschwundenen Schenf vorgenommen hätte. Da ganze Bevölkerung in Tharandt sei darüber empört.

Um so besser wird aber die Arbeiterschaft die Haltung der kommunistischen Tradition vertheidigen, die nicht wie die SPD und Nazi-Kräfte mit der Unstimmigkeit im Halle Hentsch beschäftigt und deswegen das Theater bei der Abstimmung im Halle Hentsch nicht mitwirkt.

In der Aussprache erklärte Genosse Herzmann, daß Reden, die im Landtag gehalten worden sind, bewiesen haben, daß die Erklärung der kommunistischen Landtagstradition ist. Dadurch, daß die SPD ein wochenlanges parlamentarisches Manöver treibt und von der faschistischen Klassenfront ein Schlag gegen die Arbeiterschaft unternimmt und verbündet ist, wird die SPD eine Meile gegen die Jungcommunisten entstehen.

Rur durch die Einheitsfront des Proletariats gegen die Mordbanden, gegen den Mordkäfigismus, sondern Rettung des Vertrauens der Arbeiter für die Justiz, also Unterwerfung des kapitalistischen Staatsapparates, der den Mordkäfigismus stellt. Das aber unterscheidet und kennzeichnet die Richtigkeit des Verhaltens der Kommunisten bei der Abstimmung über die Aufhebung der Immunität.

Die Kommunisten signalisieren damit vor den Arbeitern: Kein Vertrauen zur Justiz! Kein Vertrauen in eine Parlamentsform! Kein Vertrauen in außerparlamentarischen Kampf! Nur der sozialistische Bourgeoisie! Die Arbeiterschaft wird dem Mordkäfigismus überdrückt und erläutert, daß der Untergang bei dem Kommando der Mordkäfigismus zu kämpfen, nämlich auf Seiten, in der revolutionären Massenbewegung des Proletariats verbleiben die SPD-Führer die Waffen von diesem Kampf abholen.

Am verschiedenen Sessionszeitpunkt zeigte unser Genosse die Arbeit und Hilfestellung der SPD für den Faschismus. Es handelt sich um den Blutmai von 1929 in Berlin, an den Reichstagtagen an den 3. und 4. März ihrer frontalen Kampagne um den Durchbruch der faschistischen Klassenfront. Dabei erläuterte Vogel, daß die SPD-Massenmobilisierung des Proletariats gegen die Mordbanden, gegen den Mordkäfigismus, sondern Rettung des Vertrauens der Arbeiter für die Justiz, also Unterwerfung des kapitalistischen Staatsapparates, der den Mordkäfigismus stellt. Das aber unterscheidet und kennzeichnet die Richtigkeit des Verhaltens der Kommunisten bei der Abstimmung über die Aufhebung der Immunität.

Geiser spricht noch die Redner der verschiedenen Parteien für die Nationalsozialisten hält Studenten für eine Republikarische Reden zur Verhinderung des Mordkäfigismus. Im Laufe der Diskussion gibt noch der Justizminister eine Erklärung ab, indem er auch die Verhandlungen der Justiz abräumt und in der er die Untersuchung der Mordkäfigismus gegen Bennede durch diesen Bemerkte im Staatsanwaltstreit erläutert und erläutert, daß der Untergang Bennede bei der Untersuchung gegen diesen absolut unbeeinflußt und nicht vorausnommen kann.

Auch das kennzeichnet den Wert und die Bedeutung der Abstimmung vom 13.1. über die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Bennede.

Die Klassenjustiz wird den Kämpfern nichts tun! Der heißt es jetzt: Verhinderung außerparlamentarischen Kampf gegen die sozialistische Bourgeoisie! Die Arbeiterschaft wird dem Mordkäfigismus überdrückt halten!

Reichspräsidenten-Appell bei Hindenburg

Der Reichspräsidenten-Kandidat der „Eisernen Front“ will die Führer für die Regierungsbeteiligung gewinnen. Zusammenstreffen zwischen Strasser und Berlin

Kriegsrüstungen im Donauraum

Riesige Waffenschüsse Italien—Österreich-Ungarn aufgedeckt

Wien, 11. Januar. In den letzten Tagen wurde in der österreichischen Presse die Mitteilung gemacht, daß zahlreiche Waggons, beladen mit Waffen, eingewichen und zu Anfang des Krieges von Italien durch Österreich nach Ungarn gerollt sind. Dieser Waffenraub riefen riesigen Aufschrei, der nicht nur in Österreich, sondern darüber hinaus in allen Ländern das größte Aufsehen erregt, weil vor diese Waffenschüsse in Zusammenhang bringt mit den imperialistischen Bestrebungen Italiens im Donauraum. Die Aufdeckung dieser Waffenschüsse hat die österreichische Regierung, die erst in diesen Tagen sich durch das Passauer Umlaufprotokoll dem französischen Imperialismus restlos unterworfen hat, in großer Verlegenheit gebracht, denn diese Waffenschüsse, die nur in Einverständnis mit der Regierung erfolgen konnten, sind eine Verhältnisgabe dafür, daß die österreichische Bourgeoisie ein doppeltes Spiel treibt und zwischen den Machthänen des französischen und italienischen Imperialismus hin- und herwechselt. Der Wiener Bruderorgan veröffentlicht eine Eisenbahnerkorrespondenz, in der es heißt:

Am 31. Dezember 1932 trafen Waggonsladungen mit Waffen ein,

am 1. Januar 1933 10 Waggons und am 4. Januar 1933 Waggons von Verona als Aufgabestellung, zunächst als Übergangsstation nach Ennsfeld-Sindabrunn. In jedem Wagen waren 110 Risten, in jeder Kiste, welche plombiert waren, lagen ca. 20 Militärgewehre befinden haben, das ergibt eine Summe von 81 400 Stück. Die gesamte Arbeit ging mit großer Hast und nur durch Betriebsauslese vor sich."

Die Tatsache dieser riesigen Waffenschüsse unter Bewilligung der österreichischen Regierung gelte, wie im Donauraum

wurde unermäßliche Ausgeburt.

Unser Bild ist dem offiziellen Organ der österreichischen Heimwehr entnommen. Es zeigt, wie offen auch in Österreich die Faschisten zum Krieg und Bürgerkrieg rüsten.

Immer wiederholter zum Krieg gerüstet wird, model fiktiv als Hauptgegner der italienischen und französischen Imperialismus gegenüberstehen, die um die Hegemonie in diesem Gebiete kämpfen. Unter Wiener Bruderorgan erscheint im Zusammenhang mit diesen Waffenschüßen: "Es ist Aufgabe der Arbeiterschaft Österreichs, gemeinsam mit der Arbeiterschaft Jugoslawiens, Italiens und der Arbeiterschaft der anderen vom Versailler System betroffenen Staaten, den gewaltsamen schärfsten Kampf gegen diese Kriegsfeinde in allen Ländern... zu führen."

„Strassfeldzug“ gegen Nordchina

Chinesische Erklärungen des japanischen Kriegsministeriums — Weiterer Vormarsch der japanischen Truppen — Empörungssturm gegen die Kuomintangvertreter

Tokio, 11. Januar. Auch am heutigen Tage wurde der Vormarsch der japanischen Truppen in der Provinz Ichoh fortgesetzt. Japanisches Militär hat im Verlauf eines weiteren Vormarsches die Stadt Tschumensza, etwa 12 Meilen nördlich Schanghai, besetzt. Das japanische Kriegsministerium gibt jetzt mit militärischer Offenheit zu, daß das Hauptziel des japanischen Vormarsches die völlige Eroberung der Provinz Ichoh sei. Vor wenigen Tagen hat ebenfalls das Kriegsministerium eine solche Absicht noch heimlich geäußert. Das japanische Kriegsministerium erklärt jetzt, daß die Provinz Ichoh einen Teil des Staates Mandchukuo darstelle und daß die japanischen Truppen einen „Strassfeldzug“ gegen die Feinde des mandschurischen Staates in Nordchina unternehmen.

Gleichzeitig hat die japanische Regierung vier Verbündete nach Kanton geschickt und ein anderes Kriegsschiff nach Amoy, einer Küstenstadt, die in unmittelbarer Nähe der Sowjetprovinzen

WILLY HARZHEIM
Zwischen
Tanks und Stacheldraht
ERZÄHLUNG AUS DEN TAGEN DER RUHRBESETZUNG

Der Genosse aus Paris

Rudi Schweinfelz braucht nicht lange die Segenstrasse zu laufen. Ein Straßenbahnhof, den er am Elsener Hauptbahnhof sieht, erklärt ihm genau den Weg. Um Haus 14 angekommen, sieht er gewohnheitsgemäß fünf Treppen hoch, kennt nicht daran, die unteren Türschilder zu beachten. Uichtige Jahre wohnt er in dem großen Haus, welches das einzige vierstöckige Haus in der Seitenkolonie ist. Der immer schimpfende Wiedermüller, seine einzige Frau im Batterieabteil, der höchstmögliche Beamte im ersten Stock, der strenge Lehrer im dritten Stock, die immer sein und später angezogene Kinder der Familien, mit denen er nie spielen durfte, das sind keine Kindheitserinnerungen, die ihm die Beziehungen jenes hohen Hauses so einteilen ließ: im Parterre wohnen ganz Reiche, dann Reiche, dann Arme und oben wohnen ganz Arme. Er lebt oben die Namenbilder: Domkrowell, Schenkendorff, Walchendorff, Wartmann. Wohnt vielleicht zur Untermiete, der Wolf, denkt Schweinfelz, erinnert sich aber an ein Gesicht, worin von Frau Wolf und einer Dreitümmerwohnung gesprochen wurde. Er geht eine Etage höher. Sein Sacken ist vergeben. Er steigt, im voraus schon wissend, daß er auch hier den Namen Wolf nicht finden wird, nach einer Treppe höher. Seine Vermutung war richtig. Jetzt ist er sicher, daß er sich in der Wohnungnummer gefertigt hat. Nur flüchtig kreisen seine Augen im Vorbeigehen die Namenbilder an den Türen der Parterremöhnungen. Außerdem sieht er stehen, ungläublich schwatzt er auf ein Schild, worauf er groß und deutlich den Namen Gerhardt Wolf lesen kann. Zögernd klopft er an.

„Wer vielleicht ein Karl Allerich hier?“ fragt er.

Seine Frage, sein Blick, seine Haltung zeigen deutlich eine große Un Sicherheit. Frau Wolf bemerkt es. Wahrhaftig steht sie an „Einen Augenblick“ jauf sie und schlägt die Lippen

Riesendemonstrationen gegen den Arbeitermord in Santiago

Santiago de Chile, 11. Januar. Wie wir vor einigen Tagen berichteten, hat ein Taucher im Hafen von Santiago die arbeitslose Leiche eines bekannten und beliebten Arbeitersführers, des kommunistischen Volkschullehrers Manuel Anabalón aus Antofagasta gefunden. Dieser Arbeitersführer wurde durch die Schergen des Präsidenten Darío bestialisch ermordet. Das Bekanntwerden dieser Tatsache hat einen riesigen Empörungswall unter den Massen des westlichen Volkes hervorgerufen. Große Demonstrationen fanden statt und es kam zu stürmischen Zusammenstößen mit den Gardineros. Die Regierung mußte sich schließlich dazu entschließen, den Generaldirektor der Sicherheitspolizei und die Präfekten von Santiago und Valparaíso zu verhaften.

Drei Tage lang wurde die Leiche Anabalóns im Hof der Straßenbahngewerkschaft aufgebahrt und Tausende von Arbeitern zogen den ganzen Tag hindurch am Sarge vorüber. Die Eisenbahner erzwangen durch Streikdrohungen die Bereitstellung von Sonderwagen, um die Leiche, die von Arbeiteraufgeboten begleitet wurde, nach Santiago zu überführen. Am 27. Dezember, dem Tag der Überführung, trat die gesamte Arbeiterschaft Valparaiso in den Generalstreik. Eine veltausendförmige Demonstration begleitete den Zug zum Bahnhof. Vor der Polizeipräfektur hielt der Zug an und nach einer Minute polizeilicher Schreckschuss erschoss der Aufsichtsbeamte von Valparaiso, das Mörder von Anabalón.

In Santiago erwartete eine Riesen-demonstration von über 30 000 Arbeitern den Zug, der die Leiche des geliebten Arbeitersführers brachte. Auf dem Platz zum Friedhof erschienen die revolutionären Liebhaber der Arbeiterschaft, hochrühr auf die Kommunistische Partei und Kompanie gegen die Mörderregierung. Um Grabe Anabalón sprachen die Redner der Partei und bekanntnahmen sich nicht nur auf eine Schilderung des bestialischen Mordes, sondern sogen die „sozialistische“ Regierung Große zur Verantwortung, deren Sünder heute Krofdolstühlen vergingen wegen der Opfer der Gardineros, die sie in der Zeit ihrer Regierung gegen die Arbeitnehmer gehandelt haben.

Die Kundgebung war der größte Arbeiteraufmarsch unter Führung der Kommunistischen Partei, den Santiago je gesehen hat.

Die hungeroffensive der Regierung Boncourt

Die Sozialdemokratie macht alles mit

Paris, 11. Januar. Der französische Finanzminister Cheron gibt seinen Haushaltspol zu Ausbalancierung des Staates bekannt. Dieser Haushaltspol stellt die ungeheuerliche Ausplündierung des westlichen Volkes dar. Im einzelnen steht dieser Plan vor: 1. 10 Prozent Gehaltsabfall bei den unteren Beamten und Angestellten, insgesamt 200 Millionen Francs. 2. 1,2 Milliarden soll den ehemaligen Kriegsteilnehmern und Veteranen grauen werden, das soll geschehen durch die Herausziehung des Rentenalters, durch Streichung der Renten für Todesfälle von Kriegsverletzten, Umbau der Kriegsbeschädigtenrente, um Entfernung von Einkommensteuern auf die Renten der Kriegsoffiziere. 4. Erhebung einer großen Zahl von indirekten Massensteuern, die 800 Millionen bringen sollen. Dagegen sollen den Eisenbahngesellschaften, die in Frankreich privat sind, Milliarden Steuern geahndet werden. Ferner ist noch eine starke Herausziehung von Lebensmittelzölle geplant.

Streitfall polnischer Tiefarbeiter

Der Streit der 2000 Arbeitern und Arbeitersinnen des Tagesgräberbetriebes Schlosser in Oberstdorf bei Kempten konnte nach dreiwöchiger Dauer negativ beendet werden. Der Streit, in dessen Verlauf die Arbeiter den Betrieb leicht hielten, den sie sich zu verlassen weigerten, stand unter der Führung der RSD. Die Direktion nahm alle angekündigten Bohnsatzungen zurück.

dem Laden gegen das Fenster, läuft seine Eisenbogen auf die Fensterbank und starrt zur Decke.

„Gestern bin ich mit Karl nach Gladbeck-Braund gegangen“, erzählte Genosse Hartmann. „Ich glaube, so heißt das Nest. Wir gingen von Katernberg durch Horst. Ratten in der Dementikade an der Schule vorbei, wo eine Kompanie deutscher Soldaten liegt. An einem Alshofschädel blieb ich stehen. Bis auf die Stütze stand es nach verlaufenen Jahren. Ich schaute durch die schmutzigen Scheinfester in den Laden. Daß am Fenster steht da ein Regal. Und was leben meine Augen in diesem Regal? Einen Haufen von diesen blauweißen Plataten. Das „Soldat! Comrades!“ sonnte sich mal von der Straße aus lesen. Also ich war fassungslos! Hundert Meter weiter liegt die andere beigelegte Kaserne. Den ganzen Tag laufen Soldaten an dem Laden vorbei. Ich will gehängt werden, wenn den Soldaten die blauweißen Plataten mit der französischen Schrift nicht direkt in ihre Augen gefallen sind. Und die polnische Bildhändlerstraße widerte die verlaufenen Fische in die Platate ein. Mit meinen eigenen Augen habe ich es gesehen, Wolf! Jeden Augenblick konnte die Schule plakat. Es hätte bloß ein Offizier vorbeikommen brauchen. Karl ist sofort in den Hausschlaf reingegangen, die Treppe raus und in die Wohnung des Genossen rein, die über dem Laden liegt. Ich glaube, Karl hat in seiner Wut den Genossen verprügelt.“

„Aufgelöst war ich danach, hab ihn morsomäßig ausgekämpft. Er lauert doch nichts dafür, dat er gekettet. Er hätte die Platate auf dem Boden versteckt. Der Bildhändler hat am Tisch was repariert und lächerlich habt die Sachen gefunden. So erklärte mir der Genosse Duddal.“

„Mag kommen“, sagt Hartmann. „Wer Sie lagern schon acht Tage unter den Tischjageln! Wolf hat dem Duddal nicht gesagt, wie er die Platate an den Mann bringen soll! Und das ist doch das Wichtigste. — Ach ja — ja ... Na, ich kann bestell unten vor dem Laden und habe überlegt, was zu machen ist. Sollte ich einfach in den Laden reingehen, die Platate an mich teilen und räumen? Nein, hab ich gedacht, der Raum kann man anders bekommen. Ich habe gewartet, bis seine Kunden mehr im Laden standen. Dann ging ich rein. Ich weiß nicht mehr, was ich alles geschauspielt habe, die Frau konnte ja kein Französisch verstehen. Ich habe immer auf die Platate gezeigt und habe gehabt. Mein Französisch sprechen dat ihm Angst eingejagt. Sie gab mir sofort die Platate. So schnell, wie ich in den Laden betreten gekommen bin, so schnell war ich raus.“

Herrliche Zeiten folgen.

Neue Generaloffensive der Lohnräuber

Ungeheure Forderungen der Schlotbarone und Krautjunker. Befestigung der Tariflöhne mit Hilfe der ADGB-Führer. Organisiert Einheitsfront zum Streik und zu außerparlamentarischen Massenaktionen

Berlin, 12. Januar (Eig. Druckbericht) Die Partei Pfeile berichtet in sensationeller Aufmachung, daß die deutschen Industriearme dem Schleicherklub folgende Forderungen unterbreitet haben:

Bericht selbst auf den Schein einer ernsten Arbeitgeberfassung. Reichsübersetzung aller zur Durchführung des Gerechtigkeits-Planes eingegangenen Gelder in die Kassen der Industriellen. Weitere radikale Herabsetzung der Löhne und Gehälter bis zu 10 Prozent, verbunden mit einem neuen Preislenkungschaufel nach Brüningschem Muster. Abhöfung aller Tarifverträge.

Wenn auch dahingestellt bleibt, ob diese Nachricht allen ihren Einzelheiten entspricht, so ist es qualifiziert sie in alarmierender Weise die neuen verschärften Forderungen des Trümmervereins. Diese Forderung ist begleitet von einer neuen ungewöhnlichen Fassung der Großgarantie, die durch den Reichslandbau weitere ungemeine Forderungen bei der Regierung angemeldet haben und in ultimative Form auf die Durchführung ihrer Forderungen hielten. Die Schleicherregierung kündigt die Trennung der geliebten Margarine-Erzeugung und erhöhte Schuhzölle um 300-400 Prozent an. Sie will einen "Kollisionspunkt" mit Reaktionen in Kraft setzen, der die bankstabilitätsgeschädigten Reisengäste der Junta vor der Regierung bewahren soll.

Der Reichsarbeitsschutz-Satzung kündigt eine neue Verschärfung der Erwerbslosenfürsorge, verbunden mit neuen Abbaumaßnahmen in der Industrie und Knapphaushaltung an.

Berlin, 13. Januar (Eig. Druckbericht)

Wie wir erfahren, haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsschutzminister Satrap und den Gewerkschaftsführern stattgefunden. Diese Verhandlungen haben nicht mehr und nicht weniger dem Zweck gedient, einen Teil der Bestimmungen der Papenschen Notverordnung zur Durchsetzung der Tariflöhne in etwas veränderten Form wieder herzustellen. Die wirtschaftlich gefahrdeten Betriebe sollen etwaz das Recht zur Unterschreitung der Tariflöhne erhalten. Zum Unterschied der Notverordnung Papens soll dabei die Gewerkschaftsbürokratie als Verhandlungspartner eingeschalten werden.

Die Meldung von den erneuten Verhandlungen zwischen den ADGB-Führern und dem Arbeitsminister der Schleicherregierung und der dabei bedeckten ungeheuerlichen Pläne, sind die Verhältnisse der Mittelungen über die neuen mahnenden Forderungen des Schleicherklubs und auch der der Großgarantie. So das sich überbliebenen Hauptstücke beiden kapitalistischen Gruppen kommt mit zum Ausdruck, von der Erfüllung einer der wichtigsten Aufgaben Schleichers, die Niederstörung der Gewerkschaft im Lager der herrschenden Klasse, gefährdet ist. Mit der sich weiter verschärfenden Wirtschaftskrise müssen auch

RUNDFUNK

Sonnabend, den 14. Januar

Deutschlandfunk: 6.15 Gymnastik; 6.30 Wetter; anschließend Schallplatten; 11.30 Unterhaltungsstunde, 12.00 Wetter, anschließend Schallplatten; 11.00 Konzert; 16.30 Konzert; 17.30 Hanskoncert; 19.30 Schauspielerin; 20.00 Luitiger Abend; 22.30 Wetter, Freizeit, Sport; 22.45 Deutscher Sonntagsbericht; anschließend Tanzmeute.

Mitteldeutscher Rundfunk: 6.15 Gymnastik; 6.35 Konzert; 12.00 Schallplatten; 13.15 Schallplatten; 14.00 Funkvorlesung; 15.15 Junfschach; 16.00 Musikvergnügen; 18.30 Konzert; 18.00 Praktische Rechtskunde; 18.30 Deutsch; 19.00 Chorkonzert; 19.30 Der Eintrag der Umwelt auf die Tabortafeln; 20.00 Heiterer Abend; 22.05 Nachrichten, anschließend Tanzmusik; 23.00 Der Intendant in der Runde.

Westfalen, Romintera: 20.00 Margaretha-Penninismus; anschließend Worte zwischendurch (Deutsch).

MKS
LICHTSPIELE
MORITZSTRASSE 10

Wochentage: 1/5 1/7 1/9, Sonntage: 1/3 1/5 1/7 1/9
Die unvergleichliche **Brigitte Helm** und ihr beliebter Spielpartner **Gustav Diessl** verkörpern die Hauptrollen in

„Eine von uns“

Großfilm nach dem erfolgreichen Roman „Glig“ von Ligmund Kun

Wir suchen

für mehrere Wochenzeitungen und Monatszeit-schriften zur Arbeit im dörflichen Bezirk tüchtige

abschlußsichere Vertreter

bei hoher Provision.

Schriftliche Bewerbungen sind zu richten an:

Allgemeine Inseraten-Expedition G.m.b.H.
Berlin W 9, Potsdamer Straße 129/30

SARRASANI

Die letzten 3 Tage

Freitag 8 Uhr
Samstag ab 8 Uhr
Sonntag 8 u. 8 Uhr

bei den anerkannten **Dilligen Eintrittspreisen**

Toros
die zaubernde spanische Revue

zu billigen Tagespreisen empfiehlt

Städtisches Bestattungsaamt Neues Rathaus

Fernruf: Nr. 11136, 17339, 17922 Sommernummer 25286
Sargmeister: Kleine Zwingergasse 8, Fernruf 20082
Urnenmauerzimmer: An der Kreuzkirche 6

Gesamtkosten bei Beerdigung | Klasse 1 etwa 400 RM bei Feuer- | 375 RM
| Klasse 2 etwa 240 RM | 210 RM
| Klasse 3 etwa 155 RM bestattung | 140 RM

Überführungen von und nach auswärts mittels **Kraftwagen**

Überführungen nach der Feuerbestattungsanstalt innerhalb des Stadtgebietes dürfen nur durch das Städtische Bestattungsamt erfolgen

Annahme von Spareinlagen • Vermittlung von Versicherungen, Aus-

künfte, Tarife und Anschläge kostenlos

Auch an Sonn- und Festtagen geöffnet von vormittags

8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr

Prinzeß-Cheater

Zweite Woche verlängert!
Alle werden begeistert sein

Der Orlow

eine entzückende Komödie nach der gleichnamigen Operette von E. Martinus u. G. Granciscaen

Haupdarsteller: Juan Petrucci - Linda Held

für Jugendliche nicht geeignet!

Wo: K. 6.15 8.30, Sa. 5. 7. 9 Uhr

Das letzte Dresdner Lichtspielhaus!

Molkereiprodukte

zu billigen Tagespreisen empfiehlt

Klara Scholz, Bautzen
Goschwitzer Straße

Brot- Weiß- und Feinbäckerei

empfiehlt für alle Feiertag-Bäckwaren

Herbert Heuschkel und Frau

Dörrhause

Tabakwaren

kauf man in Meißen

Triebischthal bei

Max Schweigler

Am Mühlgraben Nr. 1

Freiberg

Restaurant Paul Kaden

Freiberg, Am Bahnhof

Jeden Mittwoch Schlachtfest

Stets frische hausschl. Wurstwaren

H. Kartoffeln

empfiehlt zum Einkellern

Oskar Pfeifer, Freiberg

Kreuzgasse 8

Niederoderwitz

große Kinder-Vorstellung

Ab Dienstag, 20.15 Uhr

Razzia auf St. Pauli

und

Ein besserer Herr gesucht

zwecks...

mit Brüder Braball

Montag bis 5.7.9, donnerstag 1.9.7.9.

Der Schandtat der Freitaler Sozialfaschisten

In der schrecklichen Stadtverordnetenwahl in Freital brüderete sich die sozialdemokratische Fraktion mit den Nazis, mit denen sie Arm in Arm die Ungleichheitskonsolidierung der NSDAP gegen Hunger und Elend niederschmette. Zur selben brachten die empörten Arbeiter vor dem Freitaler Rathaus ihren Protest in heftigen Kundgebungen zum Ausdruck, die die Polizei, welche unter SA-Kämpfers Protektorat steht, rücksichtslos niedergeschütteln versuchte.

Wir werden noch ausführlicher darüber berichten.

Naziüberfall auf Dresden Arbeiter

Am Donnerstag fand es vor dem Nazigarettenhude in Nähe der Trinitatiskirche in Dresden zu einem Überfall der Nationalsozialisten auf einige Arbeiter, die dort Zigaretten verteilen. Die überfallenen Arbeiter wurden, als sie sich ihrer häuslichen Wohnung von anderen Arbeitern, die von der Arbeit fanden, solidarisch unterstützten.

So wurde ein SA-Mann, der ein offenes Messer in der Hand hielt und töten wollte, von den Arbeitern festgestellt und ergreift. Bei der hierbei auslaufenden Schlägerei gegen die Polizei gegen die Zigaretten, um die Winterhilfsförderungen der Erwerbslosen zu gewährleisten, wurde ein SA-Mann schwer verletzt. Ein weiterer SA-Mann wurde ebenfalls verletzt. Schließlich wurden zwei vollkommen Unschuldige verletzt.

Bemerkenswert ist, daß andere Nationalsozialisten angehört des empörenden Verhaltens der hinterhältigen SA-Bruderschaft auf die einzuschlagen.

Hochverratsprozeß gegen Chemnitzer Arbeiter

Am 10. Januar begann vor dem 5. Strafgericht beim Reichsgericht in Leipzig der Sprengel- und Hochverratsprozeß gegen die Chemnitzer Arbeiter Albert, Bint, Heselt, Jaha, Hammrich, Hund, Erd, Deiling, Blas, Tassenberger und gegen den Kapo provostaur. Kurt Ebert.

Sämtliche Angeklagten außer Tassenberger befinden sich jetzt über 10 Monaten in Untersuchungshaft. Ein Teil ist angeklagt und politisch verhaftet, während der Rest nur Ebert schamlos wegen Diebstahl, Betrugs, Urfundentzündung, Unterstötzung und Rüstungsbürokratisches mit den Gefangenmärschen vorbehält. Nach der Anklage wurden im September 1930 von dem Angeklagten Hammrich einige vom Gefangen aufgehoben, eine logenname „Rote Wehrstaffel“ zu gründen. Gegen die Gründung wandte sich mit aller Entschiedenheit die Parteileitung. Sie fand damals zwei Vertreter zu jener Gründungsversammlung und forderte von den Versammelten und deren Leiter, daß sie sich unbedingt nur den Anhänger der Partei zu führen haben und jedes lebensgefährliche Vorgehen zu unterlassen sei. Anfolge dieses Widerstreites wurden die Parteien aus einer Gründungsversammlung gewiesen. Dazu zählen nun die Angeklagten Hammrich;

„Das habe ich mit Wicht gemacht. Wenn wenn wir unter die Kontrolle der Partei gestellt hätten, dann hätten wir auch nicht machen können, was wir wollten.“

Hammrich betreibt entschieden, wie auch die übrigen Angeklagten, daß in irgend einer Zusammenfassung über Sprengel gesprochen worden sei.

Die Anklage unterstellt den Angeklagten, daß sie gemeinschaftlich im Jahre 1930 in Hohenmögl Sprengel getötet und verhaftet waren. Wegen dieses Sprengeldecks wurden im Jahre 1931 vom Gemeindlichen Schöffengericht Hammrich, Hund, Erd, Jaha und Hammrich zu Haftstrafen verurteilt. Hammrich und der Gemeinde noch nicht bekannt, doch ist in ihrer Gruppe Spiegel eingeschlossen. Zusätzlich wurde der Prozeß erneut als Hochverratsprozeß beim Reichsgericht überwiesen. Während Nazi-Ebert alle Genossen beschuldigte und beschimpfte, noch oben Besitz zum Diebstahl erhalten zu haben, bestreite der Angeklagte Hammrich mit aller Entschiedenheit diese Behauptung.

ZENTRUM

Licesspiele, Seestraße, Tel. 14700

Bis mit Sonntag

Luis Trenker

in seinem neuesten Hochglanz-Los Angeles den jeder bestaunen wird!

Der Rebell

das hoffnungslose unvergleichliche schwere Filmwerk des weltberühmten Alpinisten überhaupt!

Für Jugendliche nicht geeignet

dienstags 3, 5, 7, 9 Uhr täglich

Bäckerei Conditorei

Robert Richter
Dresden-Alstadt
Hohenzollernstraße 18

Alfred Richter

Fleischermeister
Dresden-A., Güterbahnhofstraße 10

Westend-Theater

Konsistorialstraße 20
Dresden 7, 21, 22, Omnibus A und C

Ab Freitag

der packende, hinreißende Tonfilm

Mein Leopold

mit Gustav Fröhlich - Max Adalbert

Hermann Thimig - Ida Wüst

Dazu ein lustiges Beiprogramm

montags 21.15 Uhr große Kinder-Vorstellung

Ab Dienstag, 22.15 Uhr

große Kinder-Vorstellung

Montag bis 5.7.9, donnerstag 1.9.7.9.

Im Kindergarten

dem Bar- und Säle

zur Geburtstagsfeier

SPD wurde

festgestellt

Die Erwerbs-

sozialer der SPD

Während die S

Gaafschlacht in Meißen

SA-Banditen überfallen Stadtverordnetenversammlung. Gemeinsame Abwehraktionen der SPD- und KPD-Arbeiter. Zwanzig Schwer- und Leichtverletzte. Der Führer der KPD-Fraktion schwer verletzt. Arbeiter, hinein in die antifaschistische Einheitsfront. Kämpft mit der KPD gegen Mordfaschismus!

Gestern fand in Meißen die erste Stadtverordnetensitzung des neuen Kollegiums statt. In diese kam es durch die Schuld der braunen Mordbanditen, die ihre Terrorgruppen im Zuhörerraum placierte hatten, zu schweren Auseinandersetzungen. Die Nazis hatten, ohne von der Polizei behelligt zu werden, alle Zugänge besetzt gehabt, um sich allein die vorhandenen Plätze zu sichern. Die Polizei, die sonst, wenn es sich um revolutionäre Arbeiter handelt, mit der größten Scharfe vorgeht, war bei diesen Strolchen äußerst human. Eben hier kam es zu Zwischenfällen. Die Arbeiter waren empört über die Wegelagerermethoden dieser Strache. Bei Eröffnung des Zuhörerraums verloren sie, die ersten Reihen zu besetzen. Bei diesem Zusammenstoß gingen bereits die ersten Fensterscheiben und Türen in Trümmer.

Unmittelbar nach der Erledigung des ersten Punktes; Präsidiumswahl, bei der die Nazis völlig ausgeschaltet worden waren, proroktierten die eigens zu diesem Zweck von der Nazileitung kommandierten SA-Banditen eine Gaafschlacht. Wie aus dem ganzen hervorging, war von der SA-Führung dieser Überfall planmäßig vorbereitet als Rache für ihre Ausschaltung und gleichzeitig auf die Winterhilfsanträge der KPD verschleppen zu können.

Beim Sitzungsbeginn erwiderten spontan zum Einzug der kommunistischen Fraktion hundertliche „Rot-Front“-Arbeiter im Zuhörerraum umstehende Arbeiter, die von den kommunistischen Sicherheitsdiensten erwacht wurden. Die Kapitäne Hitlers waren in Uniform erschienen. Ihre „Herr“-Rufe wurden überlaut vom „Rot-Front“ der Arbeiter. Die Arbeiter sangen als Antwort auf das proszofotische Auftreten der Nazis folgt die Internationale.

Die Sitzung wurde jedoch vom hellblaugetriebenen Bürgermeister Siegfried (SPD) eröffnet. Reibungslos folgte ihm die Wahl des Präsidiums. Die KPD gab zur Vorlesermahl eine politische Erklärung ab, in der sie noch einmal ihre Stellung eindeutig den Grundsätzen der Partei gegenüber den Klassenfeinden des Proletariats präzisierte. Bei der Wahl wurden das Bürgertum und die Nazis, die bereits unter ihr gefuhrt hatten, vollständig ausgeschaltet. Als 1. Vorsteher wurde der bisherige Vorsteher der SPD, Rothenbaum, wiedergewählt, als 2. Vizevorsteher wurde wiederum ein Sozialdemokrat gewählt.

Die Wahl des Kommunisten zum Vizevorsteher wurde mit außerordentlich Hartem Beifall der anwesenden SPD-Arbeiter auf der Tribüne aufgenommen.

Die Nazis lobten, weil sie ausgeschaltet waren, aus Mut über ihre Niederlage verlieren sie die Sitzung. Ihren Rückzug verfolgten sie mit einer Erklärung, in der die ganze Entscheidung über den Verlust zum Ausdruck kam, zu dessen Verteilung über die Tribünenbesucher der Nazis, die SA, das Signal zu Prozessionen.

Die anwesende SA entledigte sich ihrer Ziviljaden und nahm die Röcke in die Hand. Die vorbereitete Reihe des Mordbanditen in Stärke von 25 bis 30 Mann härrte mit den erhobenen Röcken in der Hand in den Stadtverordnetensitzungssaal. Mit den Rufen: „Heute rote Hunde, morgen schwarze“.

begannen sie im Sitzungssaal das vorhandene Mobiliar in Süden zu zerkleinern und gegen Tribünenbesucher zu schleudern. Der Fraktionsführer Rothe von den Nazis warf als erster einen Stuhl unter die Tribünenbesucher. Der Tunika steigerzte sich zu wildem Durcheinander.

Der Arbeiter auf den Tribünen bemühte sich eine ungeheure Empörung. Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter gingen gemeinsam mit Parteilosen gegen die braunen Strache vor. Türen wurden aus den Angeln gehoben und durchgezogen. Erst in diesem Moment, da für die Nazis die Gefahr bestand, daß sie von den opinierten Arbeitern zu Blut zerstampft werden könnten, griff die Polizei, die bis dahin eine merkwürdige Gehäbe gehabt hatte, mit dem Gummizügel ein. Über auch hier wieder ging sie nicht gegen die braunen Strache, sondern gegen die angegriffenen Arbeiter vor.

20 Schwer- und Leichtverletzte.

Eines 20 Schwer- und Leichtverletzte, darunter eine Arbeiterin und der Führer der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, Max Kämpf, waren die Opfer des Nazüberfalls. Es mußte, um alle verbinden und auch die Schwerverletzten ab-

sezung in den eigenen Reihen, die besonders drastisch gerichtet waren erkennbar ist — Wallaustritte aus der SA, auf der Ortsgruppe Jahn — abzulenken. Es wird verhindern, daß eine Annäherung der proletarischen Elemente an die kommunistischen Arbeiter erfolgt. Demgegenüber haben die Nazis gerade hier gezeigt, daß sie in geschlossener Einheitsfront gegen über dem Faschismus in außerparlamentarischem Kampf unüberwindlich sind. Heute gilt es, diese ersten Anlässe zur gemeinsamen Kampffront, die hier zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern sich zeigen, weiter auszubauen. Gegenüber dem faschistischen Mordfeind muß in roter Massenverbündschafft gestärkt und auch in Meißen zu einer Kultur gemacht werden, mit dem es möglich ist, alle Aktionen der Kapitalistischen zu standen zu machen.

Die außerparlamentarische Massenaktion ist, wie das heißt von der Kommunistischen Partei betont worden ist, die einzige Weg, um die weitere Verelendung der Arbeiter, die durch die neuen Pläne der Schleicherregierung noch verstärkt werden soll, und zu deren Durchführung die Terroraktionen gebraucht werden, zu verhindern. Sie sind auch die einzige Gewehr für den Sieg des Proletariats im Kampf gegen Hunger und Armut, der Sozialismus!

Der Arbeitsdienst — eine militärische Zwangsorganisation für die proletarische Jugend!

Der KJVD kämpft gegen militärischen Drill und gegen die unerhörte Ausbeutung der Jungarbeiter

Gegenwärtig spricht man wieder in der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse von der Notwendigkeit einer Modernisierung des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes. Die herrschende Klasse braucht eine Einrichtung, in der sie die Jugend im imperialistischen Zweck gezielt machen kann. Die proletarische Jugend, die schon jahrelang auf der Straße liegt und nur spärlich oder gar keine Unterstützung erhält, wird gezwungen, diesen Arbeitsdienst zu verzichten. Nur die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband lämpfen gegen eine solche Ausbeutung der proletarischen Jugend.

Heute die außerordentlich schlechte Entlohnung der Arbeitsdienstler schreiben die Dresdner Neuesten Nachrichten folgendes:

„Mit ernster Befürchtung erfüllt uns die bedrückende Herabsetzung des Taschengeldes auf 0,30 M. pro Arbeitsstag. Nach Erfahrungen aus den einzelnen Lagern braucht der Arbeitsdienstmilitär folgende Mindestbeträge im Wochendurchschnitt für seine dringendsten persönlichen Bedürfnisse:

Haarschnallen (einmal monatlich)	0,10 M.
Kofferlinge und Seile	0,08 M.
Kernseile	0,10 M.
Hygienie (Zahncreme, Badez)	0,15 M.
Private Kleidung und Schmuck (Wäsche und Auskleiden)	0,30 M.
Nahrung	0,05 M.
Schuhputzung (Creme, Lederseife)	0,10 M.
Briefpapier und Posto	0,25 M.
Schuhreparatur, Turnschuhe	0,50 M.
Reparaturen	0,10 M.
beiträge zu Berufs- und Sportverbänden	0,25 M.
Befriedigung kultureller Bedürfnisse (Büch., Zeitung.)	0,10 M.
Obst, Tabak, Photos aus dem Lager, Getränke u. dgl.	0,70 M.
Zusammen	2,78 M.

Das ist pro Arbeitsstag 0,46 M.

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß für den Arbeitsdienstmilitären eine Mindestzeitung des Sozialen von 0,60 M. untragbar ist.

Ja, es ist überhaupt sehr viel untragbar. Wir greifen einen Punkt heraus: „Befriedigung kultureller Bedürfnisse“ (Bücher, Zeitungen).

Zeitung pro Woche 10 Pfennig. Arme Kultur. Das ist der Arbeitsdienst in der Praxis. Mit dieser 10-Pfennig-Kultur will man die arbeitslose Jugend von der Straße wegbringen. Natürlich kommt es der herrschenden Klasse nicht darauf an, ob die proletarische Jugend die Arbeit zu betreiben. Die nächsten Taschen zeigen ein anderes Bild. Diesen kann kommt es darauf an, billige Ausbildungssobjekte heranzuführen und sie für fünfjährige imperialistische Operationen zu benutzen. Über der Masseindruck des revolutionären Jungproletariats zu diese Kaisernenpläne durchzuziehen.

Das ist „freiwilliger“ Arbeitsdienst!

Ein junger Erwerbsloser wurde im Sommer zum „freiwilligen“ Arbeitsdienst aufgefordert. Er verlangt als freilandeinen Jungproletar tarifmäßige Bezahlung, weil er sich nicht als Kämpfer missbrauchen lassen wollte. Ihm wurde daraufhin erlaubt, daß man ihn nicht brauchen könnte.

Der Winter kam — und damit Frost und Kälte. Der Junge arbeitete stellte als Pflegepersonal den Antrag, ihm warme Kleidung zu bewilligen. Daraufhin erhielt er eine Adhäsion seines Gehaltes, was folgerichtig begründet war:

Herr Willi Künge, Torgauer Straße 19, II.

Ihrem Gehalte von 8,6 M. bedauern wir, nicht einzustehen zu können, da Sie infolge Ihres Verhaltens selbst in Schuld an eingesogenem Arbeitsverdienst stehen, wofür Sie ja in gemütl. Sachen selbst bestraft werden könnten, tragen.

Das ist ein harter Stoff! Das beweist in vollen Umfang die Nächteit der kommunistischen Zeitschriften, daß man in einer „Freiwilligkeit“ beim Arbeitsdienst absolut nicht sparen kann. Es fehlt nun nur noch, daß man auch die Unterhosen fürzt oder vollkommen fehlt. Was bleibt einem jungen Menschen, wenn er nicht hungrig und frierend will, dann eben übrig, als unter dem Zwang seiner wirtschaftlichen Lage zu Arbeitsdienst beystreiten. Aber immer noch heißt es: Der Arbeitsdienst beruht vollkommen auf Freiwilligkeit!

Arbeitsdienst in Dresden-Friedrichstadt

8.15 Uhr früh wird geweckt. 7 Uhr geht es zum Waschtag. Dann wird das därlige Brüderl eingekommen. Schließlich werden die Arbeitslosen geholt, die sieben Uhr Morgens schon Dresden, denn in den oft Wochen wurden sie noch nicht gewohnt. Es müssen Taschen der Reichsbahn abmontiert werden, nach fester Zeit schmückigen Hantächer müssen sich die Jungen fehl am Platz lassen. Dabei erhalten die 180 Jugendlichen von diesem Arbeitsdienst erhebt sind, sage und schreibe 30 Pfennig pro Tag. Die Arbeitslosen schlafen zu je 24 Personen in engen, ungelunden Räumen. Dauernd müssen sich die Jungen im Lager aufzuhalten. Nur Sonnabends und Sonntags gibt es von 8 bis 12 Uhr nachts Urlaub. Wer nach 12 Uhr kommt, wird nicht mehr ins Lager gelassen und muß sich zum nächsten Morgen 8 Uhr frierend vor dem Tor stehen. Sonntagsmorgens wird „ergriziert“. Uebereinstimmung wird jeden Tag in Wettspielen gemacht. Reuernd wird man auch Schießunterkünfte und sogenannte „Vaterlandspunkte“ einführen. Wie uns von Jugendlichen berichtet wird, erhält der Lagerleiter 180 Monat. Jeden Morgen kommt er mit dem Motorrad ins Lager. Neulich erschien er vor verkleideter Mannschaft. „Wenn mich jemand in der Uniform beleidigt, dann würde was ich zu tun hätte. Ich würde ihm glatt ein paar in die Fresse hauen!“

Das ist eine direkte Aufforderung zum Terror. Im übrigen politische Diskussionen streng verboten. Als revolutionäre Jungenarbeiter vor dem Arbeitslager Jetz verstecken, während den Arbeitsdienstleistern mit der Bemerkung wegzuwandern: „Hier kommt, das ist nichts für euch!“

Montags soll fünftig keine Arbeit mehr sein, dafür ist Pflichtsport. Die dadurch verlorengangene Arbeitszeit wird den anderen Tagen eingearbeitet werden.

Ärztlich war im Lager Schweinschlachten. Die Lagerleiter schmeißt fleisch und die Mannschaft bekam wie immer.

Als es zu Mutterreien der ausgedienten Jugendlichen und Anlässe zur Bildung von Solidaritätsgruppen vorhanden waren, lag Lagerleitung unzählige drei Jugendliche auf Straße. Für die Arbeitsdienstreisen erwähnt die Ausgabe Verbindung mit dem Kommunistischen Jugendverband zu besserer Erziehung der proletarischen Jugend zu kämpfen.

Gegen die Schwindelmanöver der KPD Pirna

Der Kampfbund Pirna antwortet den verleumderischen Sozialfaschisten

(Arbeiterkorrespondenz 1119)

Unter der Überschrift: „Was wir alles bei den Radikalismus kommunist“ brachte die Pirnaer Volkszeitung einen Artikel, der sich mit unserer Demonstration beschäftigte. Er enthielt die dreifigsten Kämpe gegen einzelne unserer Freunde. Diese lassen uns allerdings toll. Es gibt ein Sprichwort: „Schweine fühlen sich nur im Dreck wohl“. Wir werden deshalb nur zur Sache antworten.

In dem Artikel heißt es beispielweise:

„So in der Mitte drin wanderte, auch nicht gerade mutig, ein angeblicher Reichsbannermann, Schmidt, nebstdem ihm die Sachen, die er anhatte, noch nicht einmal gehörten.“ usw.

Was ist demgegenüber Tatsache?

Schmidt war bis zum 3. November 1932 Mitglied des Reichsbanners. Sollte das den Herren der Volkszeitung noch nicht genügen, so verweilen wir sie an einen Herrn Willi Martin, Bierau, Ziegelstraße 36, welcher am 3. Januar 1933 an dem „angeblichen“ Reichsbannermann Schmidt die katholische Aufforderung richtete, die letzte Karte für die beim Reichsbanner-Schwarzgold getauschte Uniform zu entrichten resp. die für ihre Bludenburgrepublik abgenutzte Uniform 1. T. wieder mit einer Entschädigungszahlung abzugeben.

Die Volkszeitung war aber so unvorstellbar, daß in ihrem Dementi heißt zu zugeben. Denn auch sie lädt ja von Sachen die noch nicht einmal ihm gehören. Also, Volkszeitungskollegen, ein anderes Mal besser schwimmen!

Man sieht aber, jeder Praktik, der den ehrlichen Willen hat, gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre Taten zu kämpfen und der sich in die rote Einheitsfront einsetzt, wird sofort mit Schlägen von dieser Gesellschaft übergesetzt. Der Kampfbund wird nun erst recht mit Unterstützung aller ehrlichen antifaschistischen Arbeiter die revolutionäre Propaganda fortführen und verstärken. Reichsbannerarbeiter, geht eurem Führer auf die Schulter heftig die Unisono. Reicht euch ein in die rote Klassentreue zum Kampf gegen das kapitalistische System und seine Stützen!

„Abenteuer in Engadin“

Im Capitai läuft ein neuer Schweinchubfilm von Dr. Hans Diessner „Abenteuer in Engadin“. Auf einem der herrlichen Lummelpfade der reichen Riesentiere — St. Moritz, Uri — wird sich ein ganz unvorstellbarer Liebestrompaß abspielen und somit ist der Film durch das Schweizerische Kino zu einem Klassiker und Klam, für die es auf den Sternen keine Schmei-

ter gibt. Gut sind die winterlichen Gebirgsaufnahmen, die Schuhläden, Skifahrten und Verfolgungen auf Schneeschuhern. Aber viel Geld gehört dazu, um so leben zu können. Das Programm bringt einen kleinen Kulturfilm aus Urkunde mit viel Truppenauftreten und die Wochenschau.

Circus Saraceni. Das Gastspiel der in der Revue „Toro“

mitwirkenden spanischen Künstler nähert sich mit Riesendrähten seinem Ende. Schon übermorgen, Sonntag, finden die beiden letzten Aufzüge dieser so heiß aufgenommenen Revue statt. Mit den Spaniern verlaufen auch die französischen und italienischen Artisten sowie die sogenannte megalithische Maximabespiele das kleine Dresden, das auf alle diese Artisten einen ausgezeichneten Eindruck gemacht hat. Auch zahlreiche Direktoren aus Berlin, Paris und London sind in den letzten Tagen und Wochen in Dresden gewesen, um der Aufführung der Revue beizuwohnen, die besonders in Giechtheim großes Aufsehen hervorgerufen hat. — Auf die mögliche Nachmittagsvorstellung sei in diesem Zusammenhang besonders hingewiesen.

B30-Ronierenen der Unterbezirke

am 13. Januar in Freiberg

am 14. Januar in Pirna

am 15. Januar in Meißen

am 16. Januar in Riesa

am 17. Januar in Ritten

am 18. Januar in Bautzen

am 19. Januar in Nossen

am 20. Januar in Radeberg

am 21. Januar in Hoyerswerda

am 22. Januar in Cottbus

am 23. Januar in Görlitz

am 24. Januar in Dresden

am 25. Januar in Chemnitz

am 26. Januar in Zwickau

am 27. Januar in Leipzig

am 28. Januar in Dresden

am 29. Januar in Dresden

am 30. Januar in Dresden

am 31. Januar in Dresden

am 1. Februar in Dresden

am 2. Februar in Dresden

am 3. Februar in Dresden

am 4. Februar in Dresden

am 5. Februar in Dresden

am 6. Februar in Dresden

am 7. Februar in Dresden

am 8. Februar in Dresden

am 9. Februar in Dresden



AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Die Bluttaufe des Betriebsräte-Gesetzes!

42 Tote und 105 Verwundete. Opfer sozialdemokratischen Arbeiterrats. Erfüllt das Vermächtnis der 42 Toten! Wählt die Liste der roten Einheitsfront!

Vor 13 Jahren, am 13. Januar 1920, demonstrierte das Berliner Proletariat in gewaltigen Massen gegen das von der SPD gemeinsam mit den Kapitalisten habilitierte Betriebsrätegesetz. Vor dem Reichstag standen die Massen zum Zeichen ihres kommenden Protestes. Da sich auf Befehl der SPD-Regierung Bauer-Rothe und des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Ernst, der berüchtigte General Büttow mit Maschinengewehren in die mehrheitlichen Massen schlehen, 42 tote und 105 verwundete Arbeiter, meist Funktionäre der Berliner Betriebe, blieben auf dem Platz. Das war die Bluttaufe des Betriebsrätegesetzes.

Dieses Gesetz war von der SPD und ADGB-Bürokratie als Masse gegen die immer noch bestehenden revolutionären Arbeiterklasse geplant. Die Betriebe am Proletariat hatten die Arbeiterklasse entmachtet und der sozialistischen Revolution die Waffen gegen das Proletariat in die Hand gebracht. Aber immer noch bestehende die Arbeiterklasse als lebendige Zeugen, das der Geiste der proletarischen Räterepublik feierten auch bei den deutschen Arbeitern geführt hatte.

Zu Beginn des Jahres 1920 siedelte und brodelte es in ganz Deutschland. Mit jedem Tag stieg die Teuerung an. Eine Welle von Streiks flutete über das Land. Vor allem die Eisenbahnarbeiter waren in einer Lohnbewegung und führten große Streiks durch. Post und Telegraph lagen in Rheinland und Westfalen still. Gleichzeitig damit stieg in allen Orten die Demonstrationstätigkeit. In Berlin marschierten die Arbeitermassen unter der Führung der revolutionären Betriebsräte und Obdulz der Großbetriebe. In diesem Betriebsrätekörper lag der kommunistische Einfluss von Tag zu Tag.

Kein Wunder, dass die Ausdeuter alle Mittel anzuwenden versuchten, um diese Bewegung abzubremsen oder zu unterdrücken. Und wie in jeder Situation hielten sich auch damals die Führer der Sozialdemokratie und Gewerkschaften lässig zur Seite. Die SPD beschleunigte die Verabschiebung des Betriebsrätegesetzes, das praktisch die noch vorhandenen Arbeiterräte endgültig liquidierte und damit den letzten Rest militärisch revolutionärer Erinnerungen beseitigen sollte. Während die revolutionären Arbeiterräte militärische Klassenorgane des Proletariats waren, geschaffen im revolutionären Klassenkampf, sollten die Betriebsräte — nach dem Wortlaut des Betriebsrätegesetzes — „das Einvernehmen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern fördern.“

Schon die erste Bekanntgabe dieses Gesetzeswurfs erregte in der Arbeiterklasse einen Sturm der Empörung. Mit der wachsenden Streikbewegung wurde zugleich die Lohnbewegung gegen dieses Glöckengelg. An einem Aufruf, der von der Kommunistischen Partei, der USPD und der Betriebsrätezentrale herausgegeben wurde, heißt es:

„... durch die Abmilderung der Soldatenräte... hat die Konterrevolution die politische Hoffnung des revolutionären Proletariats, die Arbeiterklasse, vernichtet. Jetzt will die Konterrevolution ihr Werk bejähren, indem sie den revolutionären Einfluss der Arbeiter in den Betrieben mit Hilfe der Gelehrtenbildung dreht.“

Das Gesetz verehrt das Proletariat!

Es trennt die Angestellten von den Arbeitern! Es macht das Bestimmungsrecht der Arbeitenden über ihre Einstellung und Entlassung zum leeren Schein, indem es nur ein nachträgliches unumgängliches Rechtsverdikt gewährt.

Es gilt, den Kampf um revolutionäre Betriebsräte in allen Betrieben erneut aufzunehmen.

Proletariat in Stadt und Land, Angestellte und Arbeiter, heraus zum Protest, heraus zum Kampf gegen das Betriebsrätegesetz! Nur das revolutionäre Proletariat!

In Belegschafts- und Arbeiterversammlungen von Berlin forderten die Arbeiter immer härterliche eine Massendemonstration für den 13. Januar vor dem Reichstag. Am diesem Tage sollte die zweite Feier des Betriebsrätegesetzes stattfinden. Unter dem Druck dieses Massenturms wagten sogar die größten „feinen“ Gewerkschaften Berlins einen Aufruf unterzeichneten, in dem es heißt:

„Die Nationalversammlung tritt heute nachmittag zusammen. Sie hat den Auftrag, das Betriebsrätegesetz durchzusetzen. In diesem Gesetz partizipiert die Verlogenheit mit Sicherheit. Man will euch weiter fest an das kapitalistische Netz schmieden. Man will die Betriebsräte in Wammladen des Unternehmertums machen.“

Wicht auch solche Gewerkschaften nicht gefallen!... Verloren steht heute mittag 12 Uhr die Betriebe! Demonstriert in Massen vor dem Reichstag!

Ein infamer Schlag gegen Hungermarsch

Gewerkschaftsbürokratie vereinbart 15 Prozent Lohnabbau. SPD-Presse verhöhnt die verratenen Arbeiter

Zu derselben Zeit, wo die 50 Heilbronner Glassarbeiter ihren Hungermarsch zum Verbandszentrum des Habilfärbeiterverbands durchführten, um ihre Forderung auf Weiterzahlung der gewerterten Streifsozialität durchzuführen, holte die Verbandsbürokratie zu einem enttäuschenden Schlag gegen diese Arbeiter aus, die nun schon seit dem 29. August ausgeschlossen sind, weil sie einen vom Unternehmer distanzierten 15prozentigen Lohnabbau ablehnten.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben jetzt in einer freien Vereinbarung mit der Direktion der Glasfabrik die 15 Prozent Lohnabbau tatsächlich festgelegt und außerdem einen Pauschalzuschlag abgemacht, doch es ist der Firma überlassen bleibt, wieviel von den Kreisen, um ausgelieferten Kollegen sie wieder eintreten will. Makrelegungen sind also Türe und Tor geöffnet. Die Gewerkschaftsführer rufen zur Weiteraufnahme der Arbeit, also zum Streikbruch auf.

Als das die Hungermärsche erfahren, haben sie den Hungermarsch abgebrochen, um in Heilbronn den Kampf für ihre Lebensinteressen fortzusetzen. Die Arbeiter der heilbronner Glasarbeiter organisierten eine große Demonstration zum Verdands-Latz des Habilfärbeiterverbands in Heilbronn und zwangen die Bürokraten, den Hungermärschen ein Laissez-entrepass zu lassen, was sie nach Heilbronn zurückbrachte. Dabei erklärten die Gewerkschaftsführer, die beiden oppositionellen Arbeiter Strobel und Schmidt dürften nicht mitfahren, weil sie von der Firma gemacht wurden und vom Verband ausgeschlossen worden waren.

Eine noch zugerechte Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmen ist kaum anzudenken. Ganz verachtet die Verbandsbürokratie gemeinsam mit den Behörden, die Siedlungen auszuhungern. Dann schließen die Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmen ist kaum anzudenken.

Heute ist der Regierung und der herrschenden Gesellschaft, doch ist auch die letzte Erinnerung an die Revolution, die revolutionären Betriebsräte nicht taugen lassen will! Auf zum Proletar! Rieben mit dem Betriebsrätegesetz!

Dieser Aufruf ist, wie gesagt, auch von einigen Gewerkschaftsbürokraten unterschrieben. Das hat die Gewerkschaften aber nicht daran gehindert, in den Jahren seit dem 13. Januar 1920 alles zu verlieren, um die Betriebsräte wirklich in Wammladen des Unternehmertums zu verhindern.

Dem Aufruf folgten die Massen der Betriebsarbeiter fast einhellig. Der Reichstag war mit Militär und Polizei gesichert. Der SPD-Polizeipräsident Ernst arbeitete Hand in Hand mit dem General Büttow, der auf den Tag zwei Monate später den Kapp-Putsch militärischührte. Als die Massen vor dem Reichstag standen, kam der Befehl:

„Maschinengewehre und Flammenwerfer in Stellung.“

Nur darauf gab ein Offizier, ohne das es zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen wäre, den Befehl: „Feuer!“ Die Maschinengewehre knatterten, Handgranaten flogen. Die Menschen lösten auf und duckten während sich in ihrem Blute. Das solidarisch und grausam organisierte Blutbad kann man nur mit dem furchtbaren Blutbad des letzten Jüdens vergleichen.

Zur selben Stunde, wo die Arbeiter auf der Straße im Kampf um ihre revolutionären Betriebsräte im Auftrag der SPD-Führung zusammengekommen waren, hielt der SPD-Kämpfer Bauer, ehemals sozial Gewerkschaftsbeamter, eine rücksichtige Rede zur Verteidigung des Gesetzes. Aber als die Schüsse fielen, flüchteten die Arbeitnehmer weg und angliederten sich aus dem Saal. Fünf Tage später, am 18. Januar, wurde schließlich das Gesetz mit 213 gegen 64 Stimmen angenommen.

Das war die Bluttaufe des Betriebsrätegesetzes.

Was die revolutionären Betriebsräte 1920 heraufbeschworen, ist eingetroffen. Dieses Gesetz wurde zu einer Art für die Betriebsarbeiter, gefürchtet von der SPD im Range mit den Kapitalisten. Die Maschinengewehre und Handgranaten gegen Arbeitnehmer spielen die hässliche Mütze bei diesem Kampf.

Das Proletariat kämpft vor allem gegen das Gesetz, weil dadurch die Einheit der Arbeiterschaft zerstört werde. Der Kampf für die revolutionäre Einheitlichkeit aller Arbeiter ist auch heute die Hauptaufgabe. Die Spaltungspolitik und den

Arbeiterrat von SPD und ADGB können die Arbeiter durch zunehmende machen, doch sie die Einheit in der Praxis, im täglichen Kampf gegen Rohraub und Unternehmertum herstellen, doch sie oppositionelle Gewerkschaftsbürokratien, Einheitslinien, in jedem Betrieb ausspielen.

Bereite nie die Toten, die im Kampf für revolutionäre Betriebsräte vor 13 Jahren fielen! Erfüllt das Vermächtnis dieser 42 Toten! Alle stimmen bei den Betriebsrätewahlen den Willen der Einheitsfront des Kampfes!

Heraus mit der Sprache!

Die „Gärtnerzeitschrift-Journal“, das Organ des dem ADGB angehörenden „Centralverein der Hotels, Restaurants und Cafés-Mitarbeiter“, ließ in ihrer Nr. 51 vom 16. Dezember 1932 folgen:

„Doch man den Abgeordneten Straßer auf keine Bitten erlaubt hat, die Bundeschule in Berlin — wo es wirklich nichts zu bestrafen gibt — zu besichtigen, ist eine unserer neuesten Verhärtungen.“

Gregor Strasser, der in seinen öffentlichen Wahlreden erklärte, man solle ihm nicht viel danken machen, wenn einige schäbige Marzillen zu „Schaden führen“, wurde also in der Bundeschule des ADGB empfangen.

Die gesamte SPD-Presse hat diese Tatsache unterschlagen!

Warum? Arbeitnehmer könnten auch selbst denken, wum zum Trotz die SPD und ADGB-Führer in den Partei und Gewerkschaftsversammlungen behaupten, daß sie nicht mit dem Hitlerstaat zusammenmachen wollten, vollzieht sich hinter den Kulissen eine immer größere Annäherung der NSPdP und Wehrmacht an den Straßer und Konkurrenten.

Arbeiter, löst der SPD-Presse die Zunge!

Arbeiter, sagt euren Arbeitskameraden, denen die SPD-Führer liegen, daß die Versprechungen mit den NSDAP-Führern harmlos seien, daß sie dabei an den Faschismus vertreten werden. Wehet euch dagegen, indem ihr in jedem Betrieb die Einheitsfront des Kampfes schafft und auf dieser Grundlage auch bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen solche Kollegen wählt, die gegen die NSPdP-Politik sinken, die im Kampf gegen das Unternehmertum die Interessen der Belegschaften vertreten. In diesem Sinne verstärkt auch alle Realtausungen bei der

Mobilisierung zur Oppositionskonferenz.

die am 15. Januar, vormittags 9 Uhr, im Eldorado, Steinstraße 15, zu Dresden, stattfindet. Wählt in allen Betrieben und Gewerkschaften Delegierte.

Hinweg mit solchen Betriebsräten!

Reformistische Betriebsräte ehren Scharfmacher — Einheitslisten in jedem Betrieb!

Im Vorwärts, dem Journalorgan der SPD, erschien in der Sonnabendnummer folgendes Jottet:

Am 6. Januar verschied

Heinz Schellmer Dr.-Ing. h. c.

Ernst von Borsig

Seine unermüdliche Pflichttreue und seine reite Sorge um das Werk haben ihm ein ehrenvolles Gedächtnis. Der Betriebs- und Angestelltenrat der A. Borsig, Legel.

Die reformistischen Betriebsräte, die zu Borsigs Beisetzung keine getrennen Trauern warten, ersterben bei seinem Tode noch in Erfurt vor ihm. Sie finden für einen der

schlimmsten Scharfmacher nur Worte des Lobes und der Anerkennung. Sie trauern um ihn.

Borsig war es, der als millionenreicher Kapitalist in den Republiktagen 1919 die erste Arbeitergemeinschaft im Stile kapitalistischer Erhaltung zusammen mit Einiges, Legel und Lipart bildete.

Borsig war es, der nach dieser Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die englischen Besitzungen zu holen, auch auch im Naziprogramm ausdrücklich als ein „produktiver“ Kapitalist bezeichnet, dessen Werk kein Nationalsozialist entgehen werde.

Borsig aber, der jahrelang im Präsidium der Vereinigung der Betriebsgründungsverbände lag und führte im Verein Berliner Metallindustrielle, hat dafür von je gründlicher eine Arbeit, eine Borsig-Sparte, „entzogen“ Betriebsgemeinschaft, Werksparfeste, Werkswohnungen — schließlich hat Borsig zahllose Arbeiter, die er Jahrzehnte ausgebaut, noch zuletzt mit kleinen Dingen betrogen. Als Borsig vor einem Jahr pleite machte, die ihn zur Fortsetzung seines jungen Lebens auf seine Güter führte, so handeln tausende Arbeiter, die die Arbeit und die Sparpfennige verloren hatten, bröt und hilflos vor den verschissenen Fabrikatoren. Sie liegen heute auf den Stempelsteinen und werden in den Hochgewändungen von der Exposition bedient.

Um der so klappten handeln wird von den kapitalistischen Betriebsräten gelobt und beteuert. Der wird als „bedeutender Wirtschaftsführer“ gesehen, den unermüdliche Pflichttreue und kein Sorge um das Werk auszeichnet. Dem werden noch nach seinem Tode sicherlich die Giebeln gelebt.

Hinweg mit solchen Betriebsräten,

die so offen ihre Zusammenarbeit mit den Ausdeuterhoffen und die sie die Interessen der Belegschaft wahren können, da sie auf der Seite der Scharfmacher stehen.

Rückt in allen Betrieben zu den Betriebsrätewahlen, indem ihr eure betrieblichen Kampforderungen auf Zurückeroberung des geworbenen Wohnraums, auf Lohnverhöhung einsetzt, die privaten Gewerkschaften Schlesierpolitis aufstellt und auf der Grundlage dieser Kampforderungen Einheitslisten aufstellt, auf denen nur Kollegen sondieren, die die Schwere ihres radikalisten Kampfes gegen den Hunger, Faschismus und gegen die Kapitalistische abgeben.

Zeitungsekerstreit verhindert Entlassung

In der Hamburger Zeitung „Correspondent“ soll ein jahrlang im Betrieb beschäftigter Wetter emolliert werden. Die gesamte Belegschaft der Hand- und Maschinenfabrik legte vorauß hin am 6. Januar gelöschten die Arbeit nieder. Nach ordentlichem Streit nahm die Gehäftsleitung die Kritik ernst. Die bevorstehenden Betriebswahlen und Betriebsräte müssen sich einer scharfen Abrechnung mit der Verbandsführung und ihren Streikbruchmethoden werden.

ROTEN SPORT

Her mit der Amnestie für alle Proleten!

Sportler fordern Freilassung des Antifaschisten Boit

Der Sportverein Hödendorf nahm in seiner Jahreshauptversammlung zu dem Chemnitzer Todesurteil Stellung und bat einstimmig folgenden Beschluß, der dem ländlichen Justizminister übermittelt wurde:

"Die heute, am 7. Januar 1933, zugrunde gehende Jahreshauptversammlung des Sportvereins Hödendorf protestiert aufs charakteristischste gegen das unberührte Todesurteil gegen den Arbeiter Heribert Boit in Chemnitz und fordert die sofortige Freilassung des zum Tode Verurteilten sowie die sofortige Amnestierung aller proletarischen politischen Gefangenen."

Das Todesurteil gegen den antifaschistischen Boit war auch für die Stettiner Freie Kanufahrer, mit den am 10. De-

zember drei Waller Sportvereinen das Bundes-Vereinigung aufnahmen eine Resolution, die die Aufhebung des Todesurteils forderte, wurde mit den Unterschriften der Bundesvereine eine

Waller Sportvereine 1925 e. V., Waller Sport Club Frei e. V. und des AG-Vereins Freie Kanufahrer Stettin an das ländliche Justizministerium gesandt.

Der Ruf nach der Amnestierung aller proletarischen politischen Gefangenens darf durch die Zeitaufmerksamkeit nicht abgeschwächt werden. Hervor mit Scheringer, Boit und den anderen proletarischen politischen Gefangenens.

Was bringt der Sonntags-Sport?

Am Sonntag stehen sich eine Anzahl Mannschaften gegenüber, die bei einigermaßen gutem Sportwetter einen ausgetauschten Sport veranstalten, der alle Anhänger tollkundig beobachten wird. Spiele, 02 Friederichstadt 1 hat die Weißbacher 1 verpflichtet, beide werden sich eines der augenblicklichen Sportlängen entsprechenden Freundschaftskampfs liefern (Schrit 70). Radeburg 1 wird gegen Dohna 1 erneut unter Beweis stellen, daß sie in der kommenden Serie der ersten Klasse nicht nachstehen werden (Schrit 70). Radeburg 1 empfängt die Ottendorfer 1 zum Heimspiel und hat die Aufgabe, die dort erzielte Niederlage wieder gutzumachen. Ob es gelingt, ist eine Frage der Zeit. Südostschw 1 hat Pirna 1 verpflichtet. Die Gäste zeigen in letzter Zeit nicht mehr die gewohnte Form und werden definitiv den Siegern zugesellen (Schrit 71). Pirna 1 hat den Spitzenteiter des AG-Vereins Cottbus-Löbtau 1 als Gegner. Die Pirna sind zur Zeit in ganz großer Form. Man kann sie deshalb auch als Sieger erwarten (Schrit 72). Dresden-Welt 1 wird auf eigenen Platz mit Südhessen 1 als Sieger hervorgehen, da die Söhder in letzter Zeit nicht so überzeugend kommen (Schrit 73). Kreisberg 1 erwartet WTB 12. WTB wird der vorwärtsstreitenden Entwicklung der Kreisberger auf recht harten Widerstand begegnen (Schrit 74). Die 1. Mannschaft des Verkehrsbauhofs 1, hat die Hödendorfer 1 auf dem Platz in Heidegg als Sieger. Beide sind als außerordentlich spielfertig zu betrachten und werden einen guten, ausgegleichenen Sport zeigen (Schrit 75). Altheter 1—Lauhau 1 erhebt recht ungern die Haushaltung von leichten tüchtigen Leistungen viel eingedrückt hat. Der Blauebauer wird hier immer konzentriert sein (Schrit 76). Otmelk 1 wird seinen kleinen Gegner Radeburg 1 das Heft nicht aus der Hand legen und das bessere Ende für sich behalten (Schrit 77). Im Oberliga-Spiel treffen sich Kreischa 1—Wehlen 1. Beide Mannschaften zeigten schon oft, daß sie zur Niederschlagung fähig. Ein Sieger im voraus festzuhalten, erscheint fast unmöglich, da die Chancen gleich verteilt sind (Schrit 78). Ein meistertes Ereignis steht in Heidenau 1—Gommendorf 1. Heidenau wird hier nicht von der Spitze abdringen lassen, iron. dem Elter, den sie Güte würdigen werden (Schrit 79). Teuban 1 hat den ehemaligen Kreisler Bezirkssieger DSB 1 als Gegner. Die Gäste werden hier bestimmen, wie hoch sie ihren Vater aus demselben schlagen werden, da im Besitz kaum ein Verein an die augenblickliche Spielleistung des Meisters herantreffen wird. Über Wehlen wird versuchen, einen schärfsten Gegner abzugeben (Schrit 80). In der Woche werden noch folgende Spiele ausgetragen: DSB 01 1—Bautzen 1 (WTB); Wehlen 2—Struppen 1 (Pirna 1); Reichenbach 1—Königstein 1 (Rüppen); Ratz 1 gegen Wehlen 1 (Süd); Welt 2—Rottweidorf 1 (Radeburg).

Tabellenstand am 8. Januar 1933

1. Klasse, Abteilung A

	Spiele	gew.	verl.	+	-	+	-
WTB 10	18	13	4	1	20	6	73
Radebeul 1	18	13	2	8	28	8	56
Südostschw 1	17	10	3	4	23	11	50
Ottendorf 1	18	10	5	5	23	13	51
Pirna 11	17	8	3	6	19	15	52
Reichshof 1	15	5	4	9	11	22	31
Dohna 1	17	4	4	9	12	22	39
Weißdorff 1	17	5	1	11	11	23	40
WTB 12	15	4	—	8	28	28	61
Spitzen 02	18	3	2	13	8	28	61

Am Sonntag spielen die unteren Mannschaften wie folgt: Weißdorff 2—Gommendorf 2, 14 Uhr; Weißdorff 3—Kaub 2, 12 Uhr; Reichshof 2—Ottendorf 2; Reichshof 3—Ottendorf 3, 10 Uhr; Friedberg 2—WTB 12, 11.30 Uhr; Friedberg 3—WTB 12, 10 Uhr; Radebeul 2—Radeburg 2, 12.30 Uhr; Friedberg 2—Heidenau 2, 12.30 Uhr; 1883 2—Reichenbach 2, 10.30 Uhr; Kreisberg 2—1883 3, 10.30 Uhr; Südhessen 3—Pirna 3, 11.30 Uhr; Welt 2—Rottweidorf 2, 11.30 Uhr; 01 2—Bautzen 2, 12.30 Uhr; Döbeln 2—Heidenau 2, 12 Uhr; Südostschw 3—Königstein 3, 18 Uhr; WTB 3—Gommendorf 3, 11.30 Uhr; Friedberg 2—Königstein 2; Friedberg 2—Hödendorf 2, 14 Uhr; Altheter 2—Lauhau 2, 12.30 Uhr; Radeburg 2—Dohna 2, 12.30 Uhr; Kreischa 2—Wehlen 2, 12.30 Uhr; 01 2—Rabenau 2, 12.30 Uhr; Döbeln 2—Welt 2, 12.30 Uhr; WTB 2—Welt 2, 12.30 Uhr; Altheter 2—Radeburg 2, 10 Uhr; Südostschw 2—Pirna 2, 9.30 Uhr; Südhessen 2—Welt 2, 12.30 Uhr; Welt 2—Gommendorf 2, 9.30 Uhr; Welt 2—Gommendorf 2, 9.30 Uhr.

Jugend: Heidenau 1—Gommendorf 1, 18 Uhr;

Wehlen: Wehlen 1—Südhessen 1, 11.30 Uhr; Reichshof 2—Döbeln 2, 10 Uhr; Friedberg—WTB 12 2, 12.30 Uhr; Fried-

Amtliche Bekanntmachungen der AG

Zum Städte-Spiel Berlin—Dresden am 29. Januar in Berlin steht die Dresdner Mannschaft in folgender Aufstellung:

Bülfener (Radebeul)

Kreis (DSV) Niels (DSV)

Kunath (DSV) Lindner (DSV) Schwarz (Pirna)

Kreis (DSV) Ritter Petruschke Mass Michel

(DSV 10) (Gommendorf) (1883)

Kreis (DSV) Goll, Abgaben der Spieler bis zum 10. Januar an Genossen Raumann, Dresden 2, Hermann-Gleditsch-Straße 90.

Fußball:

Berichtigung: Ottendorf hat die 2 Mark an Deuden zu zahlen für Reklamefotzen.

Weißdorff hat 1.44 Mark Verhandlungsfotzen zu zahlen an.

Gemäß Ludwig, Heidenau (Dohna—Weißdorff).

Strassen: Für Nichtanwesen als Schrift 2.50 Mark Koch (156)

und Rothenfranz (106).

Kontenabrechnung: Radeburg, Struppen und Altheter ha-

ben sofort die Vorverkaufsfakturen vom Spiel Dresden—Leipzig auszuführen.

Freiberg—Dresden, 11.00 Uhr; Radebeul 1—Radeburg, 11 Uhr; Dresden-Welt 1—Rottweidorf, 10.30 Uhr; Heidenau—Pausig 12 Uhr; WTB 1—Südostschw 1, 10.30 Uhr; Sondero 2 gegen Hermendorf, 11.30 Uhr; 1883 1—WTB 1, 11.30 Uhr.

Handball:

Bereich für Sonntag, den 15. Januar

DSV 10 1—02 1, 15 Uhr, Schrift 21. Dieses Spiel etwas verzögert, ist schwer, jedoch nicht das Spiel leidet offenbar.

Hochschule 1, St.—Südhessen 1, 11 Uhr, Schrift 21. In diesem Treffen muß man Südhessen ein Glas zusprechen auf Grund ihrer alten Erfahrung. An Hochschule wird es liegen,

der Sieger ist verpflichtet, zwei Torwartmeister und zwei Abwehrmeister mit Weite zu haben.

DSV Jahnstadt 1—Deuben 1, 10 Uhr, Schrift 20. Hier wird wohl der Vorsitzender eine empfehlende Niederlage einstellen.

Vorwundernde Spiele um den Bezirkssieger

Jeder Verein ist verpflichtet, einen Ball mitzubringen! 1883 ist verpflichtet, zwei Torwartmeister und zwei Abwehrmeister mit Weite zu haben.

DSV Jahnstadt 1—Deuben 1, 10 Uhr, Schrift 20. Hier wird wohl der Vorsitzender eine empfehlende Niederlage einstellen.

1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.

Spielbericht vom Sonntag, dem 8. Januar

Ein reizvolller Sport wurde am Sonntag auf dem Sportplatz in Neufisch gezeigt. Es wurden folgende Spiele ausgetragen: Fußball: Neufisch 1—Sachsen 1:2 (2:0), Neufisch 2 gegen Bautzen 2 1:4 (1:1); Handball: Radebeul 1—Bautzen 1:6:4 (2:4), Neufisch 1—Sportl. Bautzen 1, Sportl. 6:0 (3:0). Zuletzt gaben die Gläubiger einen schönen Spielespieler als Sieger.

Spieldaten: 1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

Spieldaten: 1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.

Spieldaten: 1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

Spieldaten: 1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.

Spieldaten: 1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

Spieldaten: 1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.

Spieldaten: 1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

Spieldaten: 1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.

Spieldaten: 1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

Spieldaten: 1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.

Spieldaten: 1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

Spieldaten: 1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.

Spieldaten: 1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

Spieldaten: 1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.

Spieldaten: 1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

Spieldaten: 1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.

Spieldaten: 1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

Spieldaten: 1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.

Spieldaten: 1883 2—Neufisch 1, 7 Uhr, Schrift 28.

Spieldaten: 1883 2, St.—Neufisch 2, 8 Uhr, Schrift 28.

Wehlen 1, St.—Radebeul 1, St., 14 Uhr, Schrift Wehlen.

Radebeul 1—DSV Jahnstadt 2, 10 Uhr, Schrift 7.</p

